

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. Einzelne Nummern kosten 1 Mk. Post- und Versammlungsliteratur kosten pro Seite 25 Pf. Geschäftsbesorger werden nicht angenommen.

### Glück Auf!

Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner, Sochum — Druck und Verlag von G. Handmann & Co., Sochum, Wienhauserstraße 38—42. Telefon-Nr.: Vorstand 98, Expedition 80. Telegramm-Adresse: Arbeiterverband Sochum.

### Blut ist dicker.

Auch die Unternehmer haben Mehr der Freunde noch gefunden! Der Gewerkverein der Christen hat sich ihnen fest verbunden. —

Nicht allein die Streikgelüste hilft er ihnen jetzt schon dämpfen, Auch den „bösen“ Hue will er Später wacker mitbekämpfen. —

Ja, ein Schauspiel ist's für Götter, Dieses hirnlos blöde Tappen — Doch wir meinen nur die Leiter, Nicht die irreführten Knappen.

Mag man immer sie verhexen Mit erfundenen, frechen Lügen, Selber werden sich die Macher Mit dem eignen Trug betrogen. —

Sie, die schänden Volksverräter Und der Freiheit schlimmste Rasser, Werden wieder es erkennen: Blut ist dicker doch als Wasser! —

S. R.

### Urabstimmungs-Komödie mit den Interessen der Bergarbeiter.

Die gelben Strategen vom Gewerkverein lassen jetzt ihre Unfehlbarkeit durch eine Urabstimmung bescheinigen, wobei den Mitgliedern nach Berichten der Tagespresse die Frage gestellt wird: „Sind die Mitglieder mit der Haltung des Vorstandes in der Lohnfrage einverstanden?“ Treffend bemerkt dazu das Organ des Reichs-Demokratischen Gewerkvereins, „Der Bergarbeiter“, in seiner Nr. 3:

„Das ist auch nicht übel. Trotz der lässlichen Bescheinigungen in der Presse, trotz der „großartigen“ Versammlungen von Schürern und Schneidern doch noch eine Urabstimmung? Kränke, das läßt tief Mitleid! — Da auch die Unorganisierten um ihre Meinung gefragt werden? Die Klümmerei doch mehr als die Schürer- und Schneider.“

Das ist bitter! Auch sonst fordert die Art, wie die Urabstimmung vorgenommen wird, den schärfsten Spott heraus. Die Funktionäre gehen von Haus zu Haus und sammeln Unterschriften. Dadurch kann die Meinung der Mitglieder schon nicht zum Ausdruck kommen, denn viele wissen nicht einmal, was sie unterschreiben. Außerdem lassen die verleumderischen Behauptungen der Zeitschriften in der Öffentlichkeit schon erwiesen, was hier in aller Stille an Gehirnerkämpfung geleistet wird. Würde man den christlichen Kameraden die Wahrheit sagen, nämlich, daß Lohnbewegungen auch ohne Streik mit Erfolg durchgeführt werden können, wenn sich die Arbeiter einig sind und daß von den Verbänden kein Streik geplant ist, würde man nicht viel Unterschriften erhalten. Aber darüber läßt man die christlichen Kameraden völlig im Unklaren. Man malt ihnen nach dem Muster des „Bergknappen“ den Generalkstreik, der unbedingt verloren gehen müßte oder gar die Revolution als Schreckgespenst an die Wand und sie haben nur mit ja oder nein zu antworten, d. h. ob sie für oder gegen den Generalkstreik oder die Revolution sind. Hierzu hat ja besonders der „Bergknappe“ in den letzten Wochen die Vorarbeit geleistet. Eine unter solchen Voraussetzungen vorgenommene Abstimmung verliert natürlich jeden Wert und gibt kein wahres Bild von der tatsächlichen Meinung der christlichen Bergarbeiter.

Zur vollendeten Komödie wird die Urabstimmung aber dadurch, daß man dort, wo der Mann nicht zu Hause, vielleicht auf Schicht ist, die Frau, und wo diese nicht angetroffen wird, sogar die Kinder unterschreiben läßt. Das legt die Vermutung nahe, daß man dort, wo man Opposition befürchtet, überhaupt nur in Abwesenheit des Mannes hinget und die Liste von der Frau oder den Kindern unterschreiben läßt. Auf diese Weise schlägt man zwei Fliegen mit einer Klappe; die gelben Generale erhalten mühelos das gewünschte einstimmige Vertrauensvotum und man erhält eine große Anzahl Unterschriften.

Eine Urabstimmung, bei der die Meinung der Befragten unversälscht zum Ausdruck kommen soll, muß durch verdeckte Stimmentafel vorgenommen werden und nimmt bei einer so großen Anzahl Mitglieder, wie sie der Gewerkverein zu haben vorgibt, unter normalen Verhältnissen immer längere Zeit in Anspruch. Im Gewerkverein aber hat die Urabstimmung, d. h. das Listenunterschreiben kaum begonnen und schon weiß die Presse zu berichten, daß die Bezirke Gelsenkirchen, Ranne, Wattenscheid, Steele, Werden, Bottrop usw. sich einstimmig mit der Haltung der gelben Gewerkevereinsleitung einverstanden erklärt haben. Eine solche Geschwindigkeit ist man beim Gewerkverein sonst nicht gewohnt, hat sich doch die Urabstimmung über die Einführung des Extrabeitrages Monate lang hingezogen und ein genaues Resultat ist bis jetzt noch nicht bekannt gegeben worden. Auch dieser Umstand wirft auf die Art der jetzigen Urabstimmung ein bezeichnendes Licht.

Bezeichnend ist auch die Art, wie die Urabstimmung über den Extrabeitrag vorgenommen wurde. Wir können heute feststellen, daß der Vorstand und die Bezirksleiter des Gewerkvereins mit allen Mitteln dahin gearbeitet haben, daß der Extrabeitrag niedergestimmt wurde. Die Bezirksleiter und Sekretäre haben die Ortsverwaltungen aufgesucht und ihnen gesagt, daß sie auf die Mitglieder einwirken sollten, gegen den Extrabeitrag zu stimmen. Weiter wurde ihnen gesagt, durch die Einführung des Extrabeitrages sei große Unzufriedenheit unter den Mitgliedern des Bergarbeiterverbandes entstanden und viele hätten sich streiken lassen. Wenn nun der Gewerkverein den Extrabeitrag nicht einführt, dann würde ein Massenübertritt aus dem Bergarbeiterverbande in den Gewerkverein erfolgen und dieser gewinne dadurch an Einfluß bei den Unternehmern.

In schändlicher Weise sind also die Bergarbeiter hinter's Licht geführt worden. Uebrigens stimmt das genau überein mit folgender Meldung der „B.-W. Korrespondenz“ (Staspark) vom 8. Juli 1910. Diese teilte mit:

„daß Vorstandsmitglieder des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter in geheimer Sitzung gegen die Handhabung des Arbeitsnachweises des Bezirkesverbandes nichts zu erinnern gehabt haben! Ausdrücklich wurde festgestellt, daß zur Einführung einer Sonderausgabe zwecks Errichtung bzw. Stärkung eines Streikfonds kein Anlaß vorliege.“

Was hier gesagt wird, stimmt auch weiter mit den Ausführungen des gelben Generals Süßkes in der Versammlung in Herne am 15. Januar überein. Süßkes führte nach der „Dortmunder Zeitung“ dort u. a. aus:

„Die wünschlichen und starken Lohnschwankungen, die im Ruhrbergbau bisher zutage getreten seien, würden infolge Einführung des Zwangs-Arbeitsnachweises des Bezirkesverbandes immer mehr verschwinden. Die Arbeiter müßten aufhören, die Arbeitgeber selbstlich als vollgefressene Strümpfe zu betrachten. Es sei an der Zeit, daß man sich eine andere Anschauung bilde. Die Arbeitgeber wüßten ebensogut wie die Arbeiter, was sie wollen. Der Arbeitsnachweis sei ganz gewiß nicht allein um bewilligen geschaffen, um die Arbeiter auszuquetschen; er sei eine notwendige Konsequenz der Entwicklung im Ruhrbergbau.“

Der gottlose Unfug, den Süßkes hier zusammengeredet hat, bedarf keiner Widerlegung. Man vergleiche aber damit nur, was der „Bergknappe“ feinerzeit über den Zwangs-Arbeitsnachweis schrieb. Dafür nur einige Proben. „Bergknappe“ vom 25. Oktober 1909:

„Alle schänden Nebenarten können nicht darüber hinwegtäuschen: Der Zechenverband will durch den Arbeitsnachweis die Arbeiter mehr wie bisher in seine Gewalt bekommen. Die neue Einrichtung ist eine sehr ernste Gefahr sowohl für den einzelnen Arbeiter, seine Interessen und Freiheitsliebe, als auch für den ganzen Stand und seine Emanzipationsbestrebungen... Der Arbeitsnachweis in den Händen rückständiger Unternehmer, ist unter Umständen ein Mittel, die Freiheit des Arbeitsvertrages aufzuheben oder einzuschränken und das Konstitutionsrecht der Arbeiter ganz oder zum Teil illusorisch zu machen. Gebieterisch erfordert der neue Plan des Zechenverbandes Gegenmaßnahmen der Arbeiter. Es gilt unsere Freiheit, unser Selbstbestimmungsrecht verteidigen!“

„Bergknappe“ vom 6. November 1909:

„Dem Zechenverband gegenüber muß die Geseßgebung eingreifen. Sie kann und darf nicht dulden, daß wenige rückständige Vertreter des Kapitals Millionen deutscher Staatsangehöriger in der geplanten Weise unterjochen; sie muß eingreifen, um dem Arbeiterstand das ihm gesetzlich gewährte Recht der Freiheitsliebe in der Organisation auch in der Praxis zu erhalten und ihm die Gleichberechtigung mit den anderen Ständen und den Arbeitgebern zu sichern, schon im Interesse der Allgemeinheit, um die sonst unvermeidlichen, schmerzlichen und langwierigen, unsere Volkswirtschaft schwer schädigenden Kämpfe zwischen Arbeitgebern und Arbeitern im Bergbau zu verhindern.“

„Bergknappe“ vom 27. November 1909:

„Wir brauchen gar nicht besonders zu betonen, daß die Gefahr eines Zwangs-Arbeitsnachweises im Ruhrbergbau viel größer ist, wie bei den schon bestehenden Nachweisen, weil er eben den ganzen Ruhrbergbau umfassen soll. Die Arbeiter und die Allgemeinheit rufen wir zur Wachsamkeit und zur Stellungnahme gegenüber solchen Plänen auf. Es gilt nicht nur das Wohl der Arbeiter, es gilt auch das Interesse der Allgemeinheit zu wahren.“

„Bergknappe“ vom 4. Dezember in einem Aufruf des Vorstandes des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften:

„Die mächtigste Gruppe der großindustriellen Kapitalisten sucht durch ihre Arbeitsnachweise den freien deutschen Arbeiter herabzudrücken auf die wildeste Höhe. Die schlimmsten Wirkungen des zur Zeit abgeleiteten Zuschlagsgesetzes hätten nicht im entferntesten herangerückt an die vorhergehenden, die Freiheit der Arbeit und der Erziehung vernichtenden Wirkungen der zentralisierten Arbeitsnachweise. Sollen wir uns das widerspruchslos gefallen lassen? Nie und nimmer! Auf zum Protest gegen den ganzen Unfug! Rüst durch Massenentscheidungen den Kampf der Regierung und der Parlamente gegen diese Ungeheuerlichkeit an! Hoch die Freiheit der Arbeit! Nieder mit der Roff und Vaterland verderbenden kapitalistischen Willkür!“

„Bergknappe“ vom 11. Dezember 1909:

„Die Bergarbeiter können sich unter keinen Umständen mit der Einrichtung und dem Bestehen eines einseitigen Unternehmer-Arbeitsnachweises einverstanden erklären. Der einseitige Unternehmer-Arbeitsnachweis ist eine länderliche Gefahr und Bedrohung für die Arbeiter, die zu einer allgemeinen nationalen Gefahr werden kann.“

Diese wenigen Stichproben mögen für heute genügen. Die Unwürdigkeit der Sprache, die hier geführt wird, läßt nichts zu wünschen übrig. Man vergleiche damit die Ausführungen der Staspark-Korrespondenz und des gelben Generals Süßkes in Herne. Man vergleiche damit auch die Art, wie man den Extrabeitrag hintertrieben hat und das jegige vor den Grubenherren in Demut ersterbende Verhalten der gelben Generale und man wird zu dem Schluß kommen, daß alles nur eine geschickt eingeleitete Komödie war, um Mitglieder zu fangen und Einfluss bei den Unternehmern zu gewinnen. Das ist vorbeigekommen! Jetzt sucht man die Günst der Grubenherren dadurch zu gewinnen, daß man sich ihnen gleich einer Dirne in die Arme wirft. Ueber diese Latsche können alle Registreurkünfte und Urabstimmungs-Komödien nicht hinwegtäuschen.

### Warum die Gewerkevereinsleitung Streikpredigt.

Während die freien Gewerkschaften im stolzen Vormarsch sich befinden, wissen die christlichen Gewerkschaften nicht, wozu sie die Mitglieder nehmen sollen, mit denen sie den Drachen Sozialismus über den Hausen werfen können.

Das Jahr 1910 hat der freien Gewerkschaften einen Mitgliederzuwachs von mehr als 200 000 Mann gebracht! Adam Stegerwald, der christliche Bannerführer, rechnet für die christlichen Gewerkschaften etwa 30 000 Zuwachs heraus. Man darf dieser Berechnung Stegerwalds mit größtem Mißtrauen begegnen, da Herr Adam es allgütig versteht, Zahlenverteilungen vorzunehmen. Er ist der Direktor der Berechnungsmagazine der christlichen Gewerkschaften; er weiß, wenn es nötig ist, aus sich warz sehr gut

zu sein, oder aus weiß schwarz zu machen. Stimmt dann die Geschichte bei den einzelnen Gewerkschaften nicht, dann läßt man die „kleinen Jungen“ als Linsenböde für die falschen Rechnungen ins Loch!

Wir werden ja sehen, wenn die Jahres-Bisfieren aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung für die einzelnen Verbände vorliegen, wie die Aktien stehen.

Auch wenn Stegerwald recht haben sollte, daß es die gesamten christlichen Gewerkschaften jetzt auf zirka 300 000 Mitglieder gebracht haben, so beweist das nichts weiter, als daß die christlichen Gewerkschaften gewerkschaftliche Bankrotture sind!

300 000 Mitglieder, als Frucht 16-jähriger mühevoller Tätigkeit! Wenn das bei den Hilfsmitteln, die gerade den christlichen Gewerkschaften zur Verfügung stehen, ein Erfolg sein soll, dann wissen wir nicht, wie groß wir die Bescheidenheit der christlichen Gewerkschaftsführer einschätzen sollen. Die sind doch sonst nicht so!

Also, es geht im christlichen Gewerkschaftslager nicht vorwärts! Hin und wieder dümmert das auch den Drahtziehern der christlichen Gewerkschaftsbewegung auf. Und darum bemüht man sich frampfhaft, nach Mitteln auszuforschen, um eingermahnen die den reaktionären Parteien noch zugehörigen Arbeiter für sich einzufangen. Hierzu fehlt nun noch zum Unglück den christlichen Gewerkschaften die innere Werkkraft. Die Sache der Arbeiterzersplitterung ist so schlecht, daß sich selbst Hunderttausende christliche Arbeiter von der christlichen Gewerkschaftsbewegung fern halten. In einem größeren Teil finden sie gar Anstoß an die freien Verbände, jedoch ruhig gesagt werden kann, die freien Gewerkschaften zählen mehr frommläubige Mitglieder, als die christlichen Gewerkschaften überhaupt aufweisen!

Doch sehen wir zu, wie die christlichen Gewerkschaften jetzt stark zu werden gedenken. Die Hilfe durch die Geistesfreiheit, durch die Zentrumspresse und auch die Protektion fiskalischer Verwaltungen genügt nicht mehr. Um Mitglieder um jeden Preis zu bekommen, bietet man sich jetzt bei den Unternehmern selbst an. Die Unternehmer sollen helfen!

Nicht von ungefähr hat man in den verschiedensten Teilen Deutschlands in christlichen Gewerkschaftsversammlungen Unternehmern als Gäste eingeladen! damit sie sich von der Ungefährlichkeit der christlichen Gewerkschaften überzeugen könnten; nicht umsonst singt Adam Stegerwald in seinen Agitationsberatern das hohe Lied der Werkkapitalisten, die „die höchsten Rangstellungen in der menschlichen Gesellschaft“ einnehmen. Und es kommt auch nicht über Nacht, daß der „Gewerkverein christlicher Bergarbeiter“ Kompromisse mit Zechen bei bergmännischen Wahlen absieht und den scharfmacherischen Parteien wohlgefällig auch politische Wahlhilfe anbietet! Auch wenn man den Streikbruch jetzt als christliches Gewerkschaftsideal hinstellt, so hat das, wie das vorherstehende, seine Geschichte.

Ueber diese Geschichte blaudert ein Wissender in der zentralistischen „Reinfränkener Zeitung“ vom 10. Januar 1911 folgendes aus:

„Die christlichen Gewerkschaften suchten durch eine verstärkte Agitation und durch Unterrichtskurse (im Jahre 1910) agitatrische Kräfte heranzubilden und so neue Mitglieder zu gewinnen. Hauptächlich seien die christlichen Gewerkschaften bestrahlt, ihre Wänner und Freunde aus den Kreisen der Nichtarbeiter, bei denen das Gewerkschaftsinteresse aus verschiedenen Ursachen erlahmt (!) war, wieder aufs neue zur Unternehmung ihrer Bestrebungen anzuregen. Solches sei u. a. geschehen in den Konferenzen, welche Führer der christlichen Gewerkschaften im Laufe des Jahres 1910 mit Mitgliedern höher gebildeter Kreise abgehalten haben! Der Zweck dieser Konferenzen sei gewesen, die katholischen Zeitungsverleger, Redakteure und sonstige einflussreiche Führer des katholischen Volksteiles für eine intensivere Unterstützung der christlichen Gewerkschaften zu gewinnen! In diesen Konferenzen sei auch darauf hingewiesen worden, die Arbeitgeber den christlichen Gewerkschaften näher zu bringen!!! Besonders sollten Redakteure die Vermittlung zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern übernehmen! Stellenweise, so hier im oberen Erzgebirge, wurden christliche Gewerkschaftsfunktionäre bei den Großindustriellen und ihren Freunden, die sich bisher als arbeiterfeindlich (!) gezeigt haben, durch Erweisung politischer Handlangerdienste sich Chancen zu verschaffen!!!“

So, offener konnte uns kein Mensch in das Geheimnis christlicher Werbearbeit und christlicher Gewerkschaftsbestrebungen hineinschauen lassen, als das durch das genannte Zentrumsblatt geschieht! Die „neutralen“ christlichen Gewerkschaften holen die Zentrumsleute heran. Die sollen helfen die christlichen Gewerkschaften hochzubringen.

Die Zentrumsgrößen haben Unterlassungssünden begangen, als sie in der Werbearbeit in den letzten Jahren etwas erlaxierten. — aus verschiedenen Ursachen! Eine dieser Ursachen war wohl, daß sich die „Christlichen“ hin und wieder befannen, für die Interessen der Arbeiter etwas mehr einzusetzen als hohle Wortel. Das ging den Zentrumsführern wider den Strich. Und deshalb erlaxten sie in ihrer Tätigkeit und Sympathie für die christlichen Arbeiterorganisationen. Die Führer dieser christlichen Organisationen haben die Pflicht, den Brotverteilern und Wahlrechtsräubern Helfersdienste zu leisten, die Vertretung der Arbeiterinteressen sollen sie den reaktionären Parteien überlassen. Die werden schon diese Vertretung in ihrer Weise ausüben!

Nein, ihr Zentrumsdemagogen, erlahmt nicht, die christlichen Gewerkschaftsführer wissen, was sie ihren Gönnern schuldig sind! Sie nehmen gar das Opfer auf sich, sich den Arbeitgebern zu nähern, diesen, wie die Bergarbeiterbewegung zeigt, jedwede Hilfe, selbst den Streik zu anbieten, nur muß es gelten, die Bedürfnisse und die Forderungen der Arbeiterschaft niederzutrampeeln!

Nach vielen radikalen Reden, die die Effert, Süßkes, Giesberts gehalten haben, sind die Unternehmer etwas kopsicher geworden. Nun schämen sich die christlichen Heerführer, ihre widerliche die Freundschaft den Unternehmern selbst entgegenzubringen. Da sollen die Zentrumsredakteure die Vertretung übernehmen. Ist das nicht reizend! Aber es kommt ja noch schöner.

Christliche Gewerkschaftsführer jucken bei den Großindustriellen, die der Arbeiterbewegung feindlich gegenüberstehen, also bei den Scharfmachern, Unterschätz! Sie bieten politische Handlangerdienste an! Wo hingehen sie hin, zum Teufel und

Alle zum Nachfolger Stimmlos, Herrn v. Schuber, zum Nachfolger... Und hat Herr Effert vielleicht gar schon im Hinterkopf...

Stegerwald prophezeit dem Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter 100 000 Mitglieder. Wie soll man diese Zahl erreichen, ohne die Unterstützung der Stimmlos, Steinhilf und Besonnenen?

Christliche Gewerkschaftsführer als Trabanten der Schärpmacher. Das gibt den Bildern, die wir in letzter Zeit von den christlichen Gewerkschaftsführern entwerfen konnten, erst das rechte Bild.

Der Gewerbevereinsvorstand auf der Auflagebank.

Das heißt: formell ist in der nachfolgenden Sache nicht der Gewerbevereinsvorstand der Bergarbeiter der Beklagte, sondern der Redakteur Thielhorn von der „Niederösterreichischen Arbeiter-Zeitung“...

Die am Dienstag, den 17. Januar, vor dem Schöffengericht in Oberhausen stattgehabte Verhandlung ergab folgendes: Der in Nr. 159 der „Niederösterreichischen Arbeiter-Zeitung“ erschienene Artikel unter der Epithete: „Der Fall Lobed und das christliche Gewerkschaftsprinzip“ wird verlesen.

In seiner verantwortlichen Vernehmung äußert sich der Beklagte dann dahin, daß dem Lobed zweifellos Unrecht geschehen sei. Lobed sei seitens des Zentralvorstandes in einer Weise seines Postens enthoben, die allen Gesplogeneheiten im Gewerkschaftsleben zuwiderlaufe.

Zeuge Steger, dessen Auftreten in der Wirtschaft Kemmerling gegen Lobed den Stein ins Rollen gebracht hat, stellt die Sache so dar, daß er dem Lobed freundschaftliche Vorhaltungen über ein Verfahren in Unfallsachen gemacht habe.

Darüber sei Lobed so aufgebracht gewesen, daß er ihm alle möglichen Beleidigungen an den Kopf geworfen habe. Schließlich habe Zeuge sich dann auch zu einigen Beleidigungen hinreißen lassen und dem Lobed mit gleicher Münze heimgezahlt.

Thielhorn: Nach der mir gewordenen Mitteilung war es nicht Lobed, sondern Steger, der zuerst in der Kemmerling'schen Wirtschaft ausfallend wurde. Ich bitte, hierüber die Ehreleute Kemmerling zu vernehmen.

Steger bemerkt dazu nochmals, daß nicht er, sondern Lobed derjenige gewesen sei, der zuerst geschimpft habe. Im übrigen rege er sich nicht auf über das, was ein sozialdemokratisches Blatt schreibe.

Thielhorn: Ich weiß nicht, was die Bemerkung soll. Sie wissen doch, daß die „Bergarbeiter-Zeitung“ ein Gewerkschaftsblatt ist.

Steger: Ich stelle fest, daß die „Bergarbeiter-Zeitung“ ein sozialdemokratisches Blatt ist.

Thielhorn: Sie können gar nichts feststellen. Soll ich etwa mit noch größeren Rechten „feststellen“, daß Ihr Gewerkschaftsorgan ein Zentrumsblatt ist?

Steger: Der Zentralvorstand hat immer versucht, Herrn Lobed sein Amt mit Rücksicht auf seine Krankheit zu erleichtern. Es war dem Vorstande bekannt, daß Lobed seit Jahren krank war.

Thielhorn: Ich möchte an den Zeugen die Frage richten, ob er nicht einmal selbst gesagt hat: „Der Lobed wird nicht lange in Oberhausen bleiben, dem werden wir schon eine Falle legen, über die er stolpern wird.“

Steger: Nein, das habe ich niemals gesagt.

Thielhorn: Hat Zeuge ferner auch nicht gesagt: „Dem Lobed werden wir noch sein Unteroffiziermaul stopfen?“

Steger: Die Möglichkeit, das gesagt zu haben, will ich offen lassen, bestreite aber nochmals, gesagt zu haben, daß man Lobed in Oberhausen eine Falle legen wolle.

Steger wird sodann auf seine Aussage vereidigt.

Gewerbevereinsbeamter Thiele war zugegen bei dem Streite zwischen Steger und Lobed. Steger habe Lobed Vor-

haltungen über Unfallsachen gemacht, was Lobed sich nicht habe gefallen lassen, er habe dem Kollegen Steger „Größenwahn“ vorgeworfen und die Bezeichnung auch auf den Essener Zentralvorstand angewandt.

Thielhorn: Ist es richtig, daß Steger den Lobed ausgelacht hat, als dieser mit Klage drohte?

Zeuge Thiele: Ja. Steger sagte: „Ja, hal! Dem folge ich einfach nicht.“

Steger gibt das zu, weil er es für unmöglich gehalten habe, daß zwei Gewerbevereinskollegen sich einander vors Gericht ziehen.

Thielhorn: Lobed folgert aber daraus, daß Steger wußte, er konnte sich die Beleidigungen gegen Lobed erlauben, ohne dafür vom Zentralvorstande zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Zeuge Lobed erzählt zunächst den Hergang des Streites bei Kemmerling. So lange ist man einig über den Vorfall bis zu den Vorhaltungen, die Steger dem Zeugen bezüglich der Unfallsachen gemacht hat.

Ich tue es nicht gern, aber da Lobed bei seiner Vernehmung bleibt, so kann ich ihn nicht mehr schonen. Hier ist ein Brief, den hat Lobed an die Berufsgenossenschaft geschrieben, in welchem er den Kollegen Thiele wegen seines Einkommers denunziert.

Lobed bekennt diese mit Rathos vorgetragene Behauptungen mit mehrmaligem „Pui“ und beskreitet mit aller Entschiedenheit, den Brief geschrieben zu haben. Der Brief sei eine Fälschung!

Auf Befragen: Was würde die Klage gegen Steger nicht zurückgenommen haben, wenn man nicht hätte durchblicken lassen, daß ich dann wieder angestellt würde.

Steger, einfallend: Es war für uns unmöglich, ihn wieder anzustellen, weil er doch das ganze Material der sozialdemokratischen Presse geliefert hat.

Lobed: Ich habe mit der sozialdemokratischen Presse niemals in Verbindung gestanden, den Artikel nicht geschrieben und auch nicht das Material dazu geliefert.

Thielhorn: Es ist richtig, daß Lobed uns das Material nicht geliefert hat. Sein erstes Zusammentreffen mit uns nach dem Erscheinen des Artikels war, daß er wissen wollte, woher der Artikel stamme.

Auf Befragen, weshalb er glaube, daß man im Zentralvorstande ihm nicht ant geblieben sei, antwortet Lobed:

Bergarbeiter-Föderation Großbritanniens.

Bericht von R. Emilie und A. Onions über die soziale und wirtschaftliche Lage der deutschen Arbeiterklasse im Jahre 1910.

In Waldenburg, einer Stadt von 20 000 Einwohnern, haben wir zwei Pferdebeschlägerläden. Unsere Kameraden erklärten uns, daß die Arbeiter in der Gegend so arm seien, daß sie Pferde, Hunde und Katzenfleisch essen müßten, eine Angabe, die wir nachher durch Befragen verschiedener Einwohner bestätigt fanden.

Wir besuchten in Waldenburg und Altwasser, einer dem ersten Orte benachbarten Stadt, verschiedene Arbeiterwohnungen. Die erste befand sich in Waldenburg auf einem mit Gebäuden umgebenen Hofe.

wohner über die allgemeinen Wohnungsverhältnisse der Bergarbeiter in diesem Distrikte befragten, gab er uns zu verstehen, daß dort, wo die Bergarbeiter in mehr als in einem Zimmer wohnen, sie gewöhnlich einen Schlafgänger haben, der in der Küche schlafte.

Die nächste Wohnung, die wir besuchten, war auch in einem Mietshause. Sie bestand aus zwei Zimmern, einem Vorderzimmer und einer kleinen Küche.

Wir unterhielten uns auch mit der Frau des invaliden Bergarbeiters, in dessen Wohnung wir uns befanden. Es war eine lebhafte Dame, die sich wohl der Zeit erheutern konnte, als das Pferdefleisch in dieser Gegend nur 25 Pf. das Pfund kostete.

Arbeiter des Ortes und sogar in vielen bürgerlichen Familien unbekannt.

Von Waldenburg begaben wir uns nach Altwasser, einem größeren Bergarbeiterort des Gebietes. Auf dem Wege hatten wir eine Unterhaltung mit dem Vorarbeiter einer Anzahl Straßenpflasterer, die die Straße pflasterten.

Wir verließen am folgenden Tage Waldenburg und fuhren nach Obereschlesien.

\*) Der englische Arbeiter ist bekanntlich nur Weizenbrot. (Die Red.)

Ich war nach dem großen Bergarbeiterstreik im Jahre 1905 Leiter einer Untersuchungskommission und habe in dieser Eigenschaft manche kräftige Auseinandersetzung mit den Verbandsorganen gehabt über das, was ich zu berichten hatte und häufig andere Anträge vertrat wie der Vorstand. Auf dem Bergmannstage in Berlin dankte der Redakteur Z m b u s c h der Regierung öffentlich für eine in Aussicht gestellte Besserung im Arbeitsverhältnis der Bergarbeiter. Ich habe dagegen Opposition gemacht und gesagt, ich könne nicht begreifen, wie Kamerad Z m b u s c h der Regierung öffentlich Dank abtrotzen könne für etwas, von dem es noch nicht feststeht, ob wir es jemals erhalten würden. Das war mir über bemerkt worden und Köster sagte zu mir: „Da hast Du uns etwas eingebrockt, das werde ich Dir mein Leben lang nicht vergessen!“ Seit dieser Zeit hatte ich es mit Köster verstanden. Nachher wurde ich auch beschuldigt, dem Gewerkschaftsbeamten Brust Material geliefert zu haben, was auch nicht den Tatsachen entsprach. Mehrere Male geriet ich mit dem Vorstande aneinander wegen der Anstellung von evangelischen Gewerkschaftsbeamten, weil der Vorstand sich diesen Anträgen widersetzte. Aus alledem und noch vielen anderen Fällen habe ich die Überzeugung, daß ich beim Zentralvorstand schlecht angeschrieben stand und daß man mir gelegentliche Fallen stellte, um mich los zu werden. Es ist auch nicht richtig, daß man mir entgegen gekommen ist mit Rücksicht auf meine Krankheit. Ich bin erst im Dienste des Gewerkschafts krank geworden. Die Verletzung von einem kleinen in einen größeren Bezirk mit erheblicher mehr Arbeit ist doch kein Entgegenkommen. Und daß man bei der Zwangs-entlassung auf meine Krankheit Rücksicht genommen hat, kann ich auch nicht einsehen. Man hat mich ohne Kündigung entlassen und auch die eingezahlten Pensionsbeiträge nur zum vierten Teile zurückerstattet. Wir traten sonst gegenüber den Pensionskassen immer dafür ein, daß die Pensionskassenbeiträge den Arbeitern beim Ausscheiden wieder zurückerstattet werden sollen, aber im eigenen Verbands handelt man nicht nach diesem Grundsatz.

Steger bemerkt dazu, daß laut Pensionsstatut nur 1/4 der eingezahlten Beiträge zurückerstattet werde. Das habe Tobed selbst unterschrieben und dies anerkennt.

Rechtsanwalt D a m m a n n als Vertreter der sechs Kläger (K ö s t e r, B e h r e n s, E f f e r t, K ü h n e, T i p p und D e l) plädiert dann für eine der Schwere der formalen Verletzung entsprechende Strafe sowie auch wegen Behauptung von Tatsachen, die sich nicht hätten beweisen lassen. Die Höhe der Bestrafung stellt der Vertreter der Kläger in das Ermessen des Gerichts.

T h i e l h o r n betont, die Verhandlung habe jedenfalls festgestellt, daß der Gewerkschaftsvorstand den Tobed in einer Weise behandelt habe, die nicht schon zu nennen sei. Man habe in dem sog. „christlichen“ Gewerksverein in mehrfacher Hinsicht gerade das getan, wogegen man öffentlich ankämpfe, insbesondere auch in der Pensionskassenangelegenheit. Seitens der „christlichen“ mache man sonst immer gegen die rigorosen Bestimmungen der Pensionskassen Front und selbst handle man ebenso wie das Unternehmertum. Im übrigen weist der Angeklagte darauf hin, daß zwischen dem eidlichen Aussagen der beiden Zeugen Steger und Tobed ein krasser Widerspruch bestehe sowohl bezüglich der Beschuldigungen Tobeds wie auch über den Beginn des Streites zwischen den beiden. Falls das für das Urteil noch in Betracht komme, beantragt Thielhorn, daß man dann die Sache vertage und die Eheleute K e m m e r l i n g sowie einen Schreibsachverständigen über den gefälligen Brief hören möge.

Darauf entgegnet Herr Rechtsanwalt D a m m a n n: Der Angeklagte verkennt bei seinem Vergleiche zwischen den Pensionskassen und der Pensionskassenkasse des Gewerksvereins den Umfang, daß die Beiträge zu den Pensionskassen Pflichtenbeiträge sind, während die Pensionsversicherung der Gewerkschaftsbeamten eine freiwillige ist.

Thielhorn: Das würde allerdings die Sache ändern. Aber da ich das Pensionskassenstatut des Gewerksvereins nicht kenne, so bitte ich nochmals um Zulassung einer diesbezüglichen Frage an die Zeugen.

Alle drei gehen darauf zu, daß die Beiträge zur Pensionskasse — Pflichtbeiträge sind!

Das Urteil gegen Thielhorn lautete auf 30 Mk. Geldstrafe eventuell sechs Tage Gefängnis. Die Begründung des Urteils wurde der vorgeschrittenen Zeit wegen nicht gegeben. Sie soll schriftlich erfolgen.

Nach dem Ergebnis dieser Verhandlung herrschen im Gewerksverein recht „erbauliche“ Zustände.

## Arbeitslosigkeit im deutschen Bergbau im Jahre 1910.

Das Jahr 1910 stand noch unter der Wirkung der wirtschaftlichen Krisis, worunter auch besonders der Bergbau zu leiden hatte. Eine ungesicherte Ueberblick über die Entwicklung der Wirtschaftslage bietet der Grad der Arbeitslosigkeit in der Industrie, welcher durch die vierteljährliche Aufnahme der Arbeitslosenstatistik festgestellt wird. Ein vollständiges Bild über die Arbeitslosigkeit im Bergbau bietet diese Statistik allerdings nicht. Denn zunächst werden in nur die in unserem Verbands- und dem Reichs- und anderen Gewerksvereine organisierten Bergarbeiter von der Statistik erfaßt; die „christlichen“ beteiligten sich nicht daran, weil sie so besser mit Mitgliederzahlen schwindeln können. Dann werden aber auch unsere arbeitslosen Mitglieder nicht alle durch die Statistik erfaßt, einmal wegen leider immer noch vorwiegend mangelhafter Berichterstattung und zweitens, weil ein Teil der arbeitslosen Mitglieder, die dem Verbands noch kein Jahr angehören und darum nicht berechtigt zum Bezuge der Arbeitslosenunterstützung sind, sich bei ihrer zuständigen Ortsverwaltung nicht melden. Diese letzteren Mängel können bei allseitigen gutem Willen beseitigt werden und wir wünschen dringend und hoffen, daß im neuen Jahre in dieser Beziehung Besserung eintritt. Aber da wir bisher diese Mängel stets in Rechnung stellen mußten, kann der Umfang der ermittelten Arbeitslosigkeit immerhin als Maßstab für das Vorhandensein von Arbeitsgelegenheit im Bergbau angenommen werden. Das nachstehende Tabelle ist die Mitgliederbewegung unseres Verbandes, sowie die Zahl der in jedem Quartal vorhandenen Arbeitslosen ersticht:

Quartal	Mitgliederzahl	Arbeitslos		Gesamtsumme der ermittelten Arbeitslosen	Es entfielen pro Kopf der Arbeitslosen
		Zahl	Prozent		
I	122 868	549	0,4	509	11 304
II	118 843	353	0,3	316	6 563
III	116 824	207	0,1	193	3 187
IV	123 487	450	0,3	346	6 912
		1568		1389	27 966

Im Jahre 1909 betrug die Zahl der Arbeitslosen 1707, der unterstützten 1453 und die Gesamtansgabe 32 512 Mark. Es ist für das Jahr 1910 also immerhin ein Rückgang der Arbeitslosigkeit gegen das Jahr 1909 zu verzeichnen. Dieser Rückgang würde noch größer sein, wenn sich im letzten Quartal die Zahl der Arbeitslosen nicht bedeutend gesteigert hätte. Dieses hat seinen Grund aber weniger in den Konjunkturbedingungen an sich, sondern das bringt der Winter mit sich, top die Arbeitslosigkeit immer größer ist als im Sommer.

Wie im Jahre 1909 stellte auch 1910 die Braunkohlenindustrie den größten Teil der Arbeitslosen. Auf das Ruhrgebiet entfallen nur ins-

gesamt 140 Arbeitslose und im letzten Quartal sind nur 18 Fälle von Arbeitslosigkeit gemeldet worden. Diese Zahl ist gegenüber der großen Mitgliederzahl so gering, daß sie gar nicht in Betracht gezogen werden braucht.

Die Gesamtzahl der Arbeitslosen betrug im Jahre 1910 84 407 und im Jahre 1909 45 712. Also auch die Zahl der Arbeitslosen ist erheblich zurückgegangen. Wenn die erhaltene Arbeitslosenunterstützung auch kein Ersatz des entgangenen Verdienstes für die betreffenden Kameraden war, so habe es dieselben doch jedenfalls als eine große Hilfe empfunden, während ihrer Arbeitslosigkeit nicht vollständig entbehren zu müssen und ohne jegliche Unterstützung vorzuliegen. Zum Schluß möchten wir allen Kameraden noch einmal dringend ans Herz legen, jeder an seinem Teile mitzuwirken, daß unsere Arbeitslosenstatistik in Zukunft vollständig und einwandfrei wird.

## Volkswirtschaftliche Rundschau.

### Professor Dr. Franke über die Regelung des Arbeitsvertrages.

Ueber diese Frage macht Professor Dr. Franke in Nr. 8 der „Sozialen Praxis“ folgende Ausführungen:

„Wer gerade diese freie Regelung des Arbeitsvertrages und damit die Ordnung aller Eigenschaften des Arbeitsverhältnisses durch Vereinbarung der Parteien einsehen, die Großindustrie zumeist grundsätzlich ablehnt. Sie will die Bedingung allein, autokratisch festsetzen. Die organisierte Arbeiterschaft fordert das Recht der Mitbestimmung für ihre Lebensinteressen. Aus diesem Zwispalt erwachsen immer neue Konflikte, von wachsendem Umfang und größter Schärfe, mit wechselndem Ausgange.“

Wald sind es Streiks, bald Auspurrungen. Den Misserfolg der Bergleute 1905 im Ruhrgebiet hat noch übertroffen die Auspurrung im Baugewerbe 1910. Und vielleicht drohen in der Zukunft noch größere Kämpfe, wie sie kürzlich die glückliche in letzter Stunde vermiedene Auspurrung im Metallgewerbe ankündigt. Diese gewerblichen Streitigkeiten sind gewiß aufs tiefste zu beklagen; sie schädigen das nationale Wirtschaftsleben, noch schlimmer ist die damit verbundene Erregung und Verbitterung. Dem schroffen Versagen auf der einen Seite steht ungestümes Vorgehen auf der anderen gegenüber. Die Macht entscheidet, wenn nicht die gütliche Beilegung gelingt. Aber trotz allen häßlichen und gefährlichen Begleiterscheinungen liegt in diesen Kämpfen doch eine gesunde Kraft: der Arbeitgeber will nichts von seinen aus früheren Zeiten stammenden Rechten lassen — der Arbeitnehmer will sich die Gleichberechtigung erobern, auf die er — nach einem Kaiserwort — einen Anspruch hat. Schlichtergerichte wie einseitige Gerichte stehen sich die Organisationen gegenüber. Ist es nicht denkbar, muß man nicht hoffen, daß beide Parteien zu der Ueberzeugung kommen, daß Verträge besser als Schlägen sind? Und sollen Reich, Staat und Gemeinde, als Nächstebeteiligte, nicht mit Eifer und Freude die Hände bieten, hier zu vermitteln und zu verfrachten? Damit ein Friede mit Verträgen zustande kommt, der dem Unternehmer sein Recht ebenso verbürgt wie dem Arbeiter.

Professor Dr. Franke bleibt ein Prediger in der Wüste, solange nicht die Arbeiter die Macht haben, sich Arbeitsbedingungen auch eventuell zu erkämpfen, die ihnen ein Mitbestimmungsrecht und einen berechtigten Anteil am Ertrage ihrer Arbeit sichern. Das ist aber nur möglich, wenn die Arbeiter der geschlossenen Unternehmerrmacht eine geschlossene Front der Arbeiter entgegenstellen können. Professor Dr. Franke sollte darum einmal den gewerkschaftlichen Arbeiter-gepöhlern ins Gewissen reden. Aber wir beschränken, auch da wird er tauben Ohren predigen.

### Künstliche Fleischtenerung.

Die Frage der Schlachttiereinfuhr von Dänemark ist in der letzten Zeit brennend geworden. Die ungenügende Zuberulinsimpfung erschwert die Einfuhr in erheblichem Maße. Nun wird gemeldet, daß man sich in Dänemark mit dem Gedanken trägt, das Vieh dort zu schlachten und das Fleisch auszuführen. Wie außerordentlich der Preis für ein Stück Vieh durch die Zollgesetzgebung Deutschlands und die Sperrungsmäßig der Zunftregierung in die Höhe getrieben wird, ist wohl den wenigsten bekannt. In der „Flensburger Nordb. Zeitung“ wird eine Kostenrechnung veröffentlicht, die von einem dänischen Blatte aufgestellt ist. Danach stellen sich die Kosten für ein Stück Vieh, das lebend von Naalborg nach Hamburg verfrachtet wird, folgendermaßen:

Quarantäne	10,00 Mk.
Einspritzung	1,50
Drei Tage Futtergeld	3,00
Verfrachtung gegen Reaktion	10,00
Fracht und Nachnahme	29,05
Zoll	40,80
Kommission	3,00
Schreibgeld, Diverse	8,60
Markt- und Transport	1,50
Verfrachtung gegen Zuberulose	4,00
Biogegeld	4,00
Porto und Agio	0,50
Zusammen	118,85 Mk.

Um über die Hälfte von dieser Summe wird das Vieh künstlich verteuert zum Nutzen der deutschen Agarie. Die Arbeiter haben aber hier die Lösung des Rätsels, weshalb in Dänemark das Vieh billiger ist als bei uns. 118,90 Mk. ruhen an künstlich verursachten Unkosten auf jedem Stück Vieh, bevor es in die Hände des deutschen Schlachters gelangt.

Selbst die bürgerliche Presse muß zugeben, daß diese skandalöse Benachteiligung des konsumierenden Publikums aufreißend wirken muß.

### Zusammensetzung der Fabrikarbeitserschaft nach Alter und Geschlecht.

In der Zusammensetzung der Arbeiterschaft der Fabriken findet nach Alter und Geschlecht eine fortwährende Veränderung statt. Die Zahl der erwachsenen männlichen Arbeiter nimmt relativ ab, während die der erwachsenen weiblichen Arbeiter, noch mehr aber die der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen und der Kinder unter 14 Jahren eine Zunahme zeigen. Nach einer Zusammenstellung im Reichsarbeitsblatt hat die Zahl der den verschiedenen Kategorien angehörigen Arbeiter sich vom Jahre 1902 bis 1909 in folgender Weise entrickelt:

	1902	1909	Zunahme (Proz.)
Arbeiter überhaupt	4 849 108	6 209 235	28
Erwachsene männliche Arbeiter	3 664 641	4 560 889	24
Arbeiterinnen über 16 Jahre	860 067	1 190 241	38
Jugendl. Arbeiter (14—16 Jahre)	318 303	446 540	41
Kinder unter 14 Jahren	8 077	14 545	43

Die Zahl der erwachsenen weiblichen Arbeiter hat sich anderthalbfach so rasch wie der männlichen vermehrt, während die der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sowie der Knaben und Mädchen unter 14 Jahren sogar um 41 resp. 43 Prozent gestiegen sind. In diesen Verhältnissen spiegelt sich deutlich der immer härter werdende Kampf ums Dasein wieder.

## Aus den ergewerbegerichten.

### Berggewerbegerichtssitzung der Spruchkammer Bochum (Nord) vom 12. Januar 1911.

Die erste Sache war die Klage des Bergmanns E., welcher als Sicherheitsmann von der Bergschicht nachgeholt worden war. Die Zeche hatte ihn jedoch nicht als Sicherheitsmann eingestellt, sondern entließ ihn mit Schluß des Monats September. Er war ohne Arbeit und mußte 19 Schichten feiern, ehe er wieder auf einer anderen Zeche Arbeit erhielt. Kläger klagte auf Ersatz der 19 Schichten Lohnverlust, da er behauptete, die Zeche habe nicht das Recht gehabt, ihn zu entlassen, da er durch seine Wahl als Sicherheitsmann gegen willkürliche Entlassung geschützt sei. Das Sicherheitsmännergesetz sei ein sogenanntes Schutzgesetz im Sinne des § 823 Abs. 2 des B. G. B. und Beklagte habe hiergegen verstoßen, weshalb sie auch zum Ersatz des Schadens verpflichtet sei. Kamerad Herms wollte die Klage vertreten, wurde jedoch nach „Wilhelm und Fritz“ zurückgewiesen. Beklagte behauptet in ihrer Gegenchrift, Kläger habe am 15. August selbst gekündigt und ließ diese Behauptung durch den Karabazenscheidstagslandboten Hiesch bestätigen. Das Gericht schloß sich der Auf-

fassung der Beklagten an und wurde die Klage abgewiesen. In dieser Sache wird jedoch das Landgericht angezogen werden, da das Objekt über 100 Mark beträgt.

Die zweite Sache richtete sich gegen die Zeche Karolinnengüß. Von dieser Zeche waren drei Arbeiter ohne Kündigung entlassen worden, weil sie angeblich Beamte, die von einem Reich nach Hause gingen, überfallen und misshandelt hätten. Die Sache war seitherzeit wegen eingeleitetem Strafverfahren bis zur Entscheidung des Verurteilten verlagert worden. Das Strafverfahren ist jedoch eingestellt worden, da die Sache unauflösbar geblieben ist. In der heutigen Sitzung brachte die Zeche zwei Zeugen mit, einen Wirt und einen Schichtmeister. Der Wirt konnte nur bekunden, daß vor der Tür seines Lokals Leute gestanden hätten, die auf die Beamten gewartet hätten und Drohungen gegen diese ausgesprochen hätten. Die Zeche selbst habe er nicht gekannt und seine Zeuge auch noch nicht. Der Schichtmeister kann nur bekunden, daß er mit den Beamten das Lokal verließ, von einem der Kläger angeprochen worden sei, indem dieser von ihm noch 1,20 Mark verlangt habe, die er noch angeblich vom Kartenpiel zu bekommen habe. Drohungen gegen die Beamten habe er nicht gehört. Er sei dann weiter gegangen. Später habe er auf einmal gesehen, wie Kläger mit den Beamten sich gehauen hätten. Die diese Schlägerei entstanden sei, wußte er nicht. Kläger behaupten, daß sie von den Beamten angefallen worden seien und sie von dem Mecht der Polizei Gebrauch gemacht hätten. Das Gericht wies auch hier die Klage ab, mit der fonderbaren Begründung, daß bewiesen sei, daß Drohungen gegen die Beamten ausgesprochen seien. (Aber es war nicht bewiesen, daß Kläger diese Drohungen sich zu schulden hatten kommen lassen. D. A.) Später sei die Schlägerei entstanden und es könnten daher nur die Kläger die gewesen sein, die angefallen hätten.

Die dritte Sache richtete sich gegen Konstantin der Große. Hier klagte ein Bergmann auf rückständigen Lohn. Er wäre mit einer Kameradschaft von fünf Mann gewesen und sie hätten auch das Bergsitzgen mit im Gedinge gehabt. Wie Kläger kündigte, tat der Steiger noch einen sechsten Mann — zum Bergführer — hinzu. Dadurch wurde der Lohn erheblich herabgedrückt. Kläger will, daß die sechs diesen sechsten Mann bezahle. Die Klage wurde auch hier abgewiesen. Aber ein Vorwissen bei dieser Klage verdient doch Kritik. Kläger ließ sich, da er krank war, von einem anderen Bergmann vertreten. Dieser Vertreter ließ sich nicht ohne weiteres von der Zeche unterkriegen, sondern vertrat die Klage sehr geschickt. Das brachte zuweilen den Vorsitzenden aus seiner ruhigen Fassung. Der Vorsitzende machte einen nervösen Eindruck und scheint auch stark an Asthma zu leiden. Das mag sein Verhalten erklären. Das Gedinge war am 7. abgeschlossen worden. Der Vertreter bemerkte, ob es auch rückständig von 1. des Monats berechnet worden sei. Das brachte den Vorsitzenden in Panik. „Wachen Sie uns hier nicht so'n Köhl vor, das sieht ja aus, als wenn wir nichts vom Bergbau verstanden.“ In dieser Weise wurde der Vertreter mit seiner durchaus sachlichen Einwendung abgefertigt. Der Vorsitzende fragte, ob der Vertreter Bergmann sei. Als er dieses bejahte, sagte der Vorsitzende, daß sei doch unerhört, wenn er dann noch solche Einwendungen mache. Diefelben Vorwürfe gegen den Vertreter erhob auch der Vorsitzende in seiner Urteilsbegründung. Wie finden das Vorgehen gegen den Vertreter absolut unberechtigt. Der Vertreter hat das gute Recht, Fragen zu stellen und Einwendungen sachlicher Natur zu machen.

Die letzte Klage betraf wieder die Zeche Voithring. Diese Klage ist von allgemeinem öffentlichem Interesse, da sie uns einen Blick in das enge Verhältnis zwischen Zeche und der nationalliberalen Partei gibt. Kläger forderte rückständigen Lohn, da er im Gedinge als Behauer beschäftigt gewesen sei, aber nicht den verdienten Gehalt, sondern Schichtlohn erhalten habe. Der Betriebsführer wendete ein, daß er den Kläger am 18. September 1910 auf Empfehlung der nationalliberalen Partei angenommen habe. Und da glaubte er, was Besonderes zu bekommen! Aber hierin habe er sich sehr getäuscht. Am September habe Kläger nur sieben Schichten verfahren, die anderen willkürlich gefeuert. Im Oktober habe er neun Schichten willkürlich gefeuert. Und so fuhr der Betriebsführer in seinem Klagebuch über den von der nationalliberalen Partei empfohlenen „Bergmann“ fort, an dem er gehofft hatte, was Besonderes zu bekommen! Er feierte mehr, als wie er arbeitete. Der Steiger nannte ihn „faßer Mensch“. Und der Lebensfeld wurde dem Betriebsführer von seinem Gehalt nach dadurch voll gemacht, daß er sich am 22. Dezember die Miete nahm und gar nicht mehr wieder kam! Ja, ja, Herr Betriebsführer, da kann man sehen, welche verheerende Wirkung die nationalliberale Erziehung unter den Bergleuten ausübt. Und das sind noch die besten, denn sonst würden sie ja von der Parteileitung nicht empfohlen werden. Hier ist mal die Frage aufzuwerfen, wie viele von diesen empfohlenen Gehältern der nationalliberalen Partei wohl eigentlich die schwarze Liste füllen? Sind es vielleicht die 90 Prozent, die auf das Konto der Unorganisierten fallen? Armer Schad, was hat Du für Truppen! Und für diese Truppen wurden allein 65 000 Mark im Bochumer Kreis aufgewendet! Und solche sind noch die besten der Zeitung, denn sonst würden sie doch nicht empfohlen! Das Gericht wies den empfohlenen Gehältern der nationalliberalen Parteileitung mit seiner Klage ab. Aber tröste Dich, Schad, auch wir werden mit unseren Klagen häufig abgewiesen.

## Aus unseren Rechtschutzbureaus.

### Durch den Rechtschutz des Verbandes die volle Unfallrente verschafft und aus dem Zrennhaufe herausgeholt.

Welchen Nutzen die stille und emsige Tätigkeit der vom Verbands eingerichteten Rechtschutzbureaus den Mitgliedern bringt, mag nachstehender Fall zeigen:

Der Schachtmeister Max Schmidt, jetzt in Stadum, Seide 35, wohnhaft, erlitt am 11. November 1901 in Saarbrücken bei der Aushubarbeitung von Erdarbeiten einen Unfall. Er geriet unter die Kippwagen und wurde am Kopf und an den Füßen schwer verletzt. Die Kopfwunden heilten schnell, nur der Beinbruch hinterließ Folgen, die von der Unfallkasse entschädigt werden mußten und wofür eine Rente von 33 1/2 Prozent gewährt wurde. Nach Aushubarbeitung der Kopfwunden stellten sich bei dem Manne Nervenschmerzen ein, deren Entschädigung die Unfallkasse ablehnte, weil die Kopfwunden folgenlos verheilt seien und die später auftretende Nervenschmerz mit den Kopfwunden nichts zu tun habe. Der in seinen geistigen Fähigkeiten infolge des Beinleidens bedeutend gebildete Schmidt wurde nun von Saarbrücken nach einer Zrennanstalt in seiner Heimat, nach Westpreußen, überführt. Weil er für unzurechnungsfähig erklärt wurde, erhielt er in der Person des Ortsvorstehers seiner Heimatgemeinde einen Pfleger, wurde also entmündigt und konnte selbst nichts mehr tun. Um die Unfallkasse zur Entschädigung der Nervenschmerz zu zwingen. Die für die Zupfverlegung gezahlte 33prozentige Rente wurde der Zrennanstalt als Ersatz für Pflegekosten übermiesen. Die Familie des Mannes, bestehend aus Frau und mehreren Kindern, erhielt nichts und war auf die Zuwendungen der in Westpreußen befindlichen angesehnen Armentafel angewiesen.

Als der älteste Sohn das arbeitsfähige Alter erreicht hatte, wachte die Mutter mit den Kindern nach dem Ruhrgebiet, nach Stadum, aus. Der Sohn wurde Bergmann und Mitglied des Verbandes. Der Vertrauensmann, dem er die Unfallkasse vorlegte, schickte ihn zum zuständigen Bochumer Arbeitsekretariat. Dieses begann im Jahre 1908, also sieben Jahre nach dem Unfall und trotz des schon jahrelangen Aufenthaltens des Mannes in der entlegenen westpreussischen Zrennanstalt demnach den Kampf um eine höhere Rente. Und diesen übernahm durchzuführen zu können, mußte der westpreussische Pfleger zunächst mit Hilfe des Vormundschaftsgerichts zur Einreichung des Antrages auf höhere Rente angehalten werden. Durch die mit Hilfe des Vormundschaftsgerichts vorgenommene Zurücksetzung des Pflegers wurde erreicht, daß der Pfleger im späteren Rentenverfahren die vom Arbeitsekretariat angefertigten Schriftstücke willig unterschrieb. Vom Unfall-Schiedsgericht und Reichsversicherungsamt wurden dann mehrere Obergutachten eingeholt, ob der Zrennanstalt resp. die Nervenschmerz des Mannes mit dem Unfall in ursächlichen Zusammenhang stehen. Die Obergutachten fielen für den Verlesenen günstig aus und die Folge war, daß das Reichsversicherungsamt die Unfallkasse zur Zahlung der Vollrente verurteilte.

Damit war die Sache jedoch noch nicht erledigt. Die Zrennanstalt resp. der Armenverband verlangte nunmehr mehr, wie die bisher gezahlte 33prozentige Rente. Verlangt wurde der volle Ersatz der Pflegekosten. Gätte der Mann nun weiter in der Zrennanstalt bleiben müssen, dann wäre der größte Teil der Vollrente für die Pflegekosten des Mannes drauf gegangen und die Familie hätte immer erst einmal wenige Mark erhalten können. Es galt also, nunmehr, den Mann aus der Zrennanstalt herauszubringen. Anfanglich erklärten

die Veranlassung den Mann noch nicht für entlassungsfähig. Den Bemühungen des Arbeiterssekretariats gelang es jedoch, schon nach einigen Monaten zu erreichen, daß die Unfallverwaltung dem Sohne ein Schreiben sandte, daß er seinen Vater aus der Anstalt abholen könne.

Jetzt erst, neun Jahre nach der Verletzung und nach dreizehnmaligem Kampfe um die Rechte und Interessen der Arbeiter, gelang es dem Mann, seiner Familie wiederzugeben und in den Genuss der 100 prozentigen Unfallrente zu kommen durch eine Einwirkung des Verbandes. Ob dergleichen solcher Erfolge auch die Unorganisierten noch weiter sagen werden: „Der Verband nützt ja doch nichts!“ H. A.

### Nachrichten aus der Montanindustrie.

#### Günstige Lage des Kohlenmarktes.

Die gelben Generale des Bergarbeitervereins schätzen die Lage des Kohlenmarktes als sehr ungünstig, nach ihnen ist die Zeit zur Stellung einer Lohnforderung nie ungünstiger gewesen, wie gerade jetzt. Demgegenüber ist interessant, was der „Glückauf“, Organ des Verbands für die bergbaulichen Interessen, in seiner Ausgabe vom 7. Januar berichtet:

„Auf dem Ruhrkohlenmarkt hat sich bis herab zum November festgestellte Besserung der allgemeinen Lage auch im Berichtsmonat fortgesetzt. In allen Sorten war der Absatz gut, stellenweise reichlich die verfügbaren Mengen zur vollen Befriedigung der Nachfrage nicht aus; im besonderen gilt das für Koks- und Feinfolge, deren Knappheit um diese Zeit allerdings als Folge des Vorberausfalls während der Feiertage eine regelmäßige Erscheinung ist. Auch in Hausbrandkohle liegt trotz der milden Witterung der Absatz nicht zu wünschen übrig. Der allgemein lebhaftere Absatz dürfte u. a. auf Strecken, die durch den Winter bei den Verbrauchern entspringende Bedürfnisse der rechtzeitigen Bedarfsdeckung zuzuschreiben sein. Der Wasserstand des Rheins war gut, ohne daß bei der Füllung der Lager das Versandgeschäft daraus vollen Nutzen hätte ziehen können. Die über die Rheinstraße verfrachteten Mengen sind in der Hauptsache in den Verbrauch übergegangen. Der Wagenmangel machte sich im Dezember weniger störend geltend als im Vormonat, und Feiertagen konnten gänzlich vermieden werden.“

In Feinfolge haben die günstigsten Absatzverhältnisse für alle Sorten angehalten. In Koks für Industriezwecke reichten die verfügbaren Mengen kaum zur Deckung des Bedarfs aus.

Nach in Gas- und Gasflammkohle herrschten gleich günstige Absatzverhältnisse wie im Vormonat.

Ebenso war in Gb- und Ragerkohle der Absatz in allen Sorten befriedigend.

Ausfälle in den Kokslieferungen der nordfranzösischen Bezüge hatten für das Spinnfabrik beträchtliche Mehrbestellungen der ostfranzösischen Hochöfenwerke im Laufe des Berichtsmontats zur Folge, auch wurden nicht unerhebliche Mehrmengen — im besonderen im Hinblick auf die Feiertage — abgerufen. Diese stärkeren Anforderungen im Hochöfenwerk in Verbindung mit gesteigerten Abrufen in den übrigen Kohlsorten setzten das Spinnfabrik in den Stand, seine Mitglieder in Koks erheblich über die beschlossenen 72,5 Prozent der Beteiligungsziffer hinaus zu beschäftigen.

In Weichkohle hielt sich der Tagesvertrieb auf der Höhe des Vormontats.“

Nach für die Nebenproduktion sind Absatz und Preise nach dem „Glückauf“ sehr günstig. Das wird aber die gelben Generale nicht abhalten, die Lage im Bergbau weiser in den dunkelsten Farben zu schildern.

#### Rheinisch-westfälisches Kohlenyndikat.

Nach dem Bericht des Vorstandes des Kohlenyndikats an die Belegungsversammlung am 18. Januar hat der rechnungsmäßige Absatz betragen im Dezember 1910 bei 25 1/2 Arbeitstagen 6 008 628 Tonnen, 1909 bei 25 1/2 Arbeitstagen 5 774 572 To., mithin 1910 gegen 1909 + 233 056 To. und arbeitsmäßig 1010 242 727 To. gegen 1909 229 894 To., mithin 1910 gegen 1909 + 12 898 To. = 5,61 Prozent. Von der Beteiligung, welche sich bezifferte 1910 auf 6 582 508 To. und 1909 auf 6 589 371 To. sind demnach abgesetzt worden 1910 02,98 Proz. gegen 1909 88,30 Proz.

Die Förderung stellte sich im Dezember insgesamt auf 7 415 681 Tonnen oder arbeitsmäßig auf 295 271 To., d. i. gegen November 1910 mehr 375 To. = 0,13 Proz. und gegen Dezember 1909 mehr 12 589 = 4,48 Proz.

Der rechnungsmäßige Absatz hat betragen im zweiten Halbjahre 1910 bei 15 1/2 Arbeitstagen 35 278 858 To. und 1909 bei 15 1/2 Arbeitstagen 33 682 069 To., mithin 1910 gegen 1909 + 1 616 789 To. oder arbeitsmäßig 1910 228 712 To. gegen 1909 218 281 To., mithin 1910 gegen 1909 + 10 431 To. = 4,80 Proz.

Von der Beteiligung, welche sich bezifferte im zweiten Halbjahre 1910 auf 40 223 773 To. und 1909 auf 40 089 458 To., sind demnach abgesetzt worden 1910 87,71 Proz. gegen 1909 83,07 Proz.

Der rechnungsmäßige Absatz betrug im Jahre 1910 (299 1/2 Arbeitstage) 67 953 790 To. und im Vorjahre (300 1/2 Arbeitstage) 64 753 941 Tonnen, d. i. + 3 199 789 To. oder arbeitsmäßig 228 607 To. gegen 1909 215 667 To., demnach gegen 1909 + 10 940 = 5,07 Proz.

Die Beteiligung lautete insgesamt auf 78 218 697 To. und im Vorjahre 77 923 629 To., demnach sind abgesetzt 86,88 Proz. gegen 83,04 Proz. im Jahre 1909.

Die Förderung stellte sich im zweiten Halbjahre 1910 insgesamt auf 43 179 215 To. oder arbeitsmäßig auf 279 930 To. d. i. gegen das erste Halbjahr 1910 mehr 2186 To. = 0,78 Proz. und gegen das zweite Halbjahr 1909 mehr 9225 To. = 3,41 Proz.

Die Förderung betrug im Jahre 1910 83 628 550 To. oder arbeitsmäßig 278 878 To.; hieraus folgt, daß gegen das Jahr 1909 mehr 9674 = 3,50 Proz. gefördert sind.

Die günstige Entwicklung, welche in den Absatzverhältnissen des Monats November zu verzeichnen war, hat im Dezember bis zum Weihnachtsfeste unermindert angehalten, während in den Tagen nach dem Feste, wie immer in der letzten Jahreswoche eine starke Abschwächung des Absatzes infolge verminderter Förderleistung eingetreten ist. Trotzdem weist der rechnungsmäßige Kohlenabsatz im Dezember von arbeitsmäßig 242 727 To. gegen das vormonatliche Ergebnis noch eine Steigerung von arbeitsmäßig 2019 To. = 0,84 Proz. auf. Der Monat Dezember hat damit alle bisherigen Monatsergebnisse überholt. Das Verhältnis des rechnungsmäßigen Absatzes zur Beteiligung stieg auf 82,93 Proz. gegen 82,24 Prozent im Vormonat und 88,30 Proz. im Dezember 1909. Die arbeitsmäßige durchschnittliche Förderleistung betrug im Monat Dezember v. J. 295 271 To., was gegen den Vormonat eine Steigerung von 375 To. = 0,13 Proz. und gegen Dezember 1909 von 12 539 To. = 4,43 Proz. ausmacht. Der Gesamtverband in Kohlen belief sich im Dezember auf 4 295 722 To. gleich arbeitsmäßig auf 196 049 To. und arbeitsmäßig um 918 To. = 0,47 Proz. zugenommen.

Der Gesamtverband in Koks von insgesamt 1 549 670 To. gleich arbeitsmäßig 49 986 To. weist gegen den Vormonat eine Steigerung von insgesamt 101 861 To., arbeitsmäßig von 1 729 To. = 3,58 Proz. und gegen Dezember 1909 eine solche von arbeitsmäßig 5725 To. = 12,93 Proz. auf. Die arbeitsmäßige Durchschnittsziffer der Berichtsmontats ist bisher noch nicht erreicht worden. Der Koksabsatz für Spinnfabrik betrug von insgesamt 1 035 271 To. gleich arbeitsmäßig 33 299 To. hat den vormonatlichen Absatz in der Gesamtmenge um 107 682 To. und im arbeitsmäßigen Durchschnittsergebnis um 2480 To. = 8,05 Proz. und den arbeitsmäßigen Absatz im Dezember 1909 um 5333 To. = 19,07 Prozent überschritten.

Der Weichkohlenabsatz hat sich ebenfalls in aufsteigender Richtung bewegt. Gegen den Vormonat ist im Gesamtabsatz eine Zunahme von 18 206 To., arbeitsmäßig von 252 To. = 2,10 Proz. und im Absatz für Rechnung des Spinnfabrik eine solche von 13 888 To., arbeitsmäßig von 73 To. = 0,63 Proz. eingetreten. Auf die Beteiligungsziffern wurden 78,44 Proz. gegen 80,03 Proz. im November abgesetzt. Das ungünstigere Verhältnis des Berichtsmontats ist durch Erhöhung der Beteiligungsziffer zu erklären.

Die Absatzverhältnisse haben demnach sich auch im Dezember in günstiger Weise weiter entwickelt. Die Förderung hat Rekordziffern erreicht. Der Zeitpunkt zur Stellung einer Forderung auf Lohn-erhöhung ist als dringender günstig. Das Gegenteil behaupten nicht etwa die Grubenbarren, sondern die gelben Generale vom Bergarbeiterverband mit ihren Interessen Schindluder spielen lassen?

### Ergebnisse des preussisch-sächsischen Bergwerks-, Hütten- und Salinenbetriebs im Jahre 1909.

Der in der Vorwoche dem preussischen Landtag zugegangene Bericht der statistischen Bergwerks-, Hütten- und Salinenverwaltung zeichnet sich durch eine anerkanntwertige sachliche Beurteilung der Verhältnisse aus. Damit nicht, was in der Wochenpresse gern geschieht, aus der Höhe der Förderung ohne weiteres auf den Reich- oder Mangel der Arbeiter geschlossen werde, läßt sich der Verwaltungsvericht den Ausdruck „Arbeiterleistung“ fallen und ersetzt ihn durch den richtigeren „Förderung auf einen Arbeiter“. Damit soll darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Förderung pro Arbeiter auch fallen kann ohne Verschulden des Arbeiters. Es wird dann noch extra bei den einzelnen Werken hingewiesen auf erfolgte Betriebsstörungen, Einschränkungen der Vermehrungsarbeiten und Einlegung von Feiertagen wegen Absatzmangel, alles Vorgänge, die die Fördermenge pro Arbeiter trotz seines anhaltenden Fleißes herabdrücken mußten.

Auf sämtlichen Werken waren 101 941 Personen, gegen 88 845 im Jahre 1908 beschäftigt. Sie vertrieben sich auf:

Bergwerke	1909	1908
Erzeugung von Steinen und Erden	04 882	89 728
Erzeugung von Ziegeln	1 124	1 083
Erzeugung von Kalk	1 048	982
Hütten	5 904	8 878
Salzwerke	808	808
Wasserkraften	147	148
Waldverwaltung	88	123

Es standen für Staatsrechnung in Betrieb

1909: 05, darunter 30 Bergwerke
1908: 85
1907: 64

Am Unterharg betreibt der preussische mit dem braunschweigischen Staat gemeinsam ein Erzbergwerk und zwei Metallhütten; das Steinkohlenbergwerk bei Obernkirchen-Stadthagen betreibt der preussische Staat gemeinsam mit der sächsischen Verwaltung von Schaumburg-Lippe.

Der Gesamtwert der Erzeugnisse aller Werke belief sich auf:

1909: 278 480 055 M.
1908: 277 288 889 „

Zunahme: 1 206 810 M.

Der rechnungsmäßige Ueberschuß betrug:

1909: 17 000 052 M.
1908: 18 199 710 „

Zunahme: 868 842 M.

Veranschlagt war ein um 8 605 518 M. höherer Ueberschuß, er blieb aber zurück wegen verschlechtertem Absatz, Betriebsstörungen und höherer Mehrausgaben für Betriebsverlängerungen usw. Nach der Vermögens- und Ertragsrechnung ergab die Staatswerke einen Gesamttrag von:

1909: 23 784 989 M.
1908: 27 698 124 „

Von den einzelnen Werken bzw. Direktionsbezirken wurden Ueberschüsse abgeliefert:

Steinkohlenwerke in Oberschlesien	7 548 402 M.
Weierbergwerke bei Tarnowitz	1 000 084 „
Hütten in Oberschlesien	48 080 „
Saline Jankowitz	210 048 „
Kalksteinbruch Müdersdorf	275 574 „
Braunkohlegrube Lüderburg	37 016 „
Braunkohlegrube Langenbaben	1 788 „
Saline Schmiedebach	385 479 „
Salzwerk Stassfurt	1 533 276 „
Saline Dürrenberg	394 064 „
Saline Artern	160 274 „
Salzwerk Erfurt	20 412 „
Salzwerk Meißnerode	555 807 „
Bergw. u. Hütten im O.-S.-B. Clausthal	8 147 017 „
dabon Salzwerk Wenenburg	1 770 801 „
Steinkohlenwerk Woburn	508 808 „
Saline Neusalzwerk	18 357 „
Bergwerke bei Saarbrücken	6 407 272 „
Braunkohlegrube Rönigsberg	1 288 886 „
Gemeinschaftswerke am Unterharg	585 992 „
Gemeinschaftswerke Oberschlesien	508 100 „

Wenn die statistischen Werke bei Gladbeck in Westfalen vollständig in Förderung getreten sind, werden auch sie zu den rentablen Anlagen treten.

### Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

#### Ein Verbandsjubiläum.

Der Verband der Wätker konnte, wie das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften schreibt, am 1. Januar auf eine 25jährige Tätigkeit zurückblicken. Am 25. August 1885 wurde anlässlich der Bremer Generalsammlung der Krankenpflege in einer öffentlichen Versammlung die Gründung des Verbandes beschlossen und den Bremer Kollegen die Vorarbeiten übertragen. Nachdem die Statuten behördlich genehmigt waren, konnte der Verband am 1. Januar 1886 seine Tätigkeit aufnehmen. Die Entwicklung ging langsam vorwärts; auf der ein Jahr später tagenden ersten Generalsammlung zählte der Verband in 16 Zahlstellen 1800 Mitglieder. Aber die Beiträge waren zu niedrig, um größere Leistungen zu ermöglichen. Immerhin beschloß man in jener Generalsammlung die Herausgabe eines eigenen Organs, das zunächst in Berlin redigiert und in München gedruckt wurde, während der Vorstand seinen Sitz in Bremen hatte. Allmählich kam der Verband jedoch in mehr geordnete Bahnen, die Beiträge wurden erhöht, das Unterhaltungsweesen eingeführt, in zahlreichen Kämpfen die Mitglieder geschult. Mit der Anstellung geeigneter Kräfte in der Verbandsleitung und für die Agitation wurde eine geordnete Verwaltung geschaffen, und heute zählt der Verband in 160 Zahlstellen 8000 Mitglieder, womit ein großer Prozentsatz der Berufsangehörigen organisiert ist.

Der Wätkerverband hat bereits zwei Vorläufer gehabt. Am 28. Juni 1873 fand in Berlin ein erster Kongreß der deutschen Wätker statt, auf dem die Gründung des Wätker- und Küfervereins beschlossen wurde. Dieser Verein fiel zwei Jahre später der Aera Lessenbors zum Opfer. Aber schon am 31. Dezember des Jahres 1875 versammelten sich wieder die Organisationsvertreter in Leipzig, um den Bund deutscher Wätker ins Leben zu rufen. Ein längerer Wirken war auch dieser Zentralorganisation nicht beschieden, denn nach dem Erlaß des Sozialistengesetzes wurde sie Ende 1878 behördlich aufgelöst — von Rechts wegen! Das hat der Reaktion zwar nicht viel genützt, denn die Wätkerarbeiterschaft ließen sich das Koalitionsrecht nicht so ohne weiteres nehmen. Sie haben, wie das jetzige Verbandsjubiläum zeigt, unermüdet und mit Erfolg für die Schaffung einer leistungsfähigen Organisation unter den schwierigsten Verhältnissen gewirkt.

#### Gestürzte Ordnungssäulen im Saarland.

Dicht aufeinander folgten in dem vom christlich-sozialen Geiste erfüllten Saarlande Vorwommisse, die wenn sie in „sozialistisch verfaßten“ Großstädten vorkämen, dem christlich-sozialen „Bürger-Volk“ Veranlassung zu allerlei moralischen Betrachtungen gäben. Erst wurde der Geschäftsführer eines „Ordnungstreuen“ geleiteten Konsumvereins großer Unterschlagungen wegen verhaftet, die Untersuchung deckte schlimme Schandereien auf. Es handelt sich um den Geschäftsführer Will, den ehemaligen Intimus von Gustav Emert. Dann erkrankte in der Weihnachtsnacht aus Anlaß eines Kirchenfestes ein christlicher Bergarbeiter zwei Kameraden. Hierauf wurde der Hausvater eines christlichen Fürsorgeinstituts wegen Sittenvergehen an seinen Pflichten zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Und jetzt wird gemeldet: Der Geschäftsführer Kopferer von der gemeinnützigen Baugenossenschaft in Siegen wurde wegen Unterschlagungen in Höhe von 12 000 M. verhaftet.

In wenigen Wochen gleich vier solcher Skandalfälle, ein bißchen viel auf einmal. Aber das „Volk“ wird dadurch nicht im Glauben irre, daß im Einflußbereich seines Geistes die wahre Ordnung und Moral wohnt.

#### Gelbe Rebellion.

Als in Augsburg vor fünf Jahren in der Metallindustrie die gelbe Bewegung einsetzte, da wurden auch die Schufabriken mit gelben

Werkvereinen beglückt. Die Arbeiter dieser Fabriken wurden zu dem gelben Verein gezwungen. Die Folgen dieser gelben Organisation waren, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sich immer schlechter gestalteten. Nun bestand bei der größten Schufabrik am Orte, Aug. Weßels, eine Art Tarifvertrag, ein Abkommen, das zwischen der Direktion und dem gelben Arbeiterausschuß getroffen war und durch das die Arbeitsverhältnisse einigermaßen geregelt werden sollten. Wegen wiederholter Lohnabzüge stellte nun der gelbe Arbeiterausschuß auf Drängen der Arbeiter an die Direktion die Forderung, den „Tarif“ einer Revision zu unterziehen und die Höhe zu erhöhen. Dieses Ansinnen wurde brüsk abgewiesen, wobei der Direktor erklärte: „Sie haben nichts zu fordern, Sie haben nur zu bitten!“ Diese Behandlung schlug bei der schon lange durch die systematischen Lohnabzüge verblitterten Arbeiterschaft dem Haß den Boden aus, und auf Veranlassung der Gelben sprach am 12. Januar 1911 in einer überfüllten Betriebsversammlung der Gauleiter des Deutschen Schuhmacherverbandes über die Zustände in den Augsburger Schufabriken. Unter stürmischen Beifall geißelte der Gelbe selbst das Verhalten der Direktion und die ihnen von dieser zuteil gewordene Behandlung; sie forderten ihre Kollegen auf, aus dem gelben Verein aus- und in den Zentralverband der Schuhmacher einzutreten, um bessere Arbeitsverhältnisse schaffen zu können. Ueber die Hälfte der Gelben folgte dieser Aufforderung und trat dem Verband bei. Es ist sicher zu erwarten, daß auch der andere Teil in Kürze diesem Beispiel folgt. Der Vorgang zeigt, daß die in die gelben Vereine gezwungenen Arbeiter sich auf die Dauer trotz der Unternehmerunterstützung nicht zu Wameln herabwürdigenden lassen und früher oder später das gelbe Joch abschütteln.

So wird es auch den Grubenherren im Ruhrgebiet mit ihren gelben Gründungen ergehen. Blut ist eben nicht als Wasser! So wird auch uns mitgeteilt, daß der gelbe Werkverein von Bege Schnabel ins Otten in einer Versammlung am 8. Januar beschlossen hat, einen Antrag auf 15 Prozent Lohnherhöhung bei der Werkverwaltung zu stellen. Die Christengenerale, die dieser Forderung entgegenarbeiten, sind damit noch unter die Gelben gesunken.

### Internationale Mundschau.

#### Trübs sind ein Rekord der Gewalttätigkeit.

Vor dem obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten spielt sich gegenwärtig die letzte Szene eines gewaltigen Wirtschaftskampfes ab. Es handelt sich dabei um den Standard Oil Co. (Petroleumtrust). Auf Grund des Sherman'schen Antitrustgesetzes ist die Regierung gegen die Standard Oil Co. vorgegangen und fordert deren Auflösung. Der oberste Gerichtshof hat jetzt den endgültigen Wahrspruch zu fällen.

In der letzten Verhandlung legte der Vertreter des Trustes, Mr. Liburn, in einem langen historischen Rückblick über das Werden der Gesellschaft, deren Größe, Organisation und Wirken dar. Er wies auf den einzigartig bestehenden Lebenslauf Modestellers hin, der durch zähe Energie und Geschäftstüchtigkeit die Standard Oil Co. geschaffen hat, und betonte, daß diesem Mann eher Dank für sein Werk gebühre, als Verfolgung und Klage durch die Regierung. Der Staatsanwalt stellte erwiderte, daß die Regierung zwar die glänzende Organisation und Größe der Standard Oil Co. anerkenne. Auch die gewaltige Energie Modestellers könne niemand in Abrede stellen. Aber — fuhr der Regierungsdirektor fort — die Geschichte dieses größten Trustes, die in der geschäftlichen Entwicklung der Länder ihresgleichen sucht, will und zugleich als ein „Rekord der Gewalttätigkeit“ erscheinen. Durch gewalttätige Geschäftsmassnahmen ist die Standard Oil Co. ins Leben gerufen worden, und heute hängt sie gleich einer drohenden Wolke über dem Lande.“

Die Spannung, mit der man in Amerika dem Ausgange dieses Prozesses entgegenfiehet, ist ungeheuer. Denn im Falle einer Verurteilung würden alsbald weitere Klagen gegen die übrigen Trusts folgen. Deshalb ist anzunehmen, daß die Trustleute alle Hebel in Bewegung setzen werden, um eine für sie günstige Entscheidung herbeizuführen. Und da die Justiz nicht blind ist und die subtilsten „Argumente“ der Mammonmonarchen zu würdigen weiß, wird es diesen wohl auch diesmal gelingen, dem Gesetz eine Rasse zu drehen. „Ein Rekord der Gewalttätigkeit, der gleich einer drohenden Wolke über dem Lande hängt“, nennt ein amerikanischer Staatsanwalt den Petroleumtrust, an dessen Spitze Modesteller, der reichste Mann der Welt, steht. Das gilt natürlich in gleicher Weise auch für alle übrigen Trusts. Auch in Deutschland schreiten wir besonders in der Montanindustrie mit Riesenschritten der Verstruktur entgegen. Mannte doch selbst der Staatsanwaltschaftsrat Hartmann im Raddobroch die Entwicklung im Ruhrbergbau eine amerikanische. Die Gefahren dieser Verstruktur für unser Volkswirtschaftsleben haben denn auch einflussreiche Nationalökonomien und Wirtschaftspolitiker längst eingeschaut und ihre warnende Stimme erhoben. Die gelben Generale des Gewerkevereins aber leisten trotzdem den Trustherren im Ruhrgebiet Sandlangerdienste, gegen die Interessen ihrer eigenen Mitglieder. Und diese Leute nennen sich Christlich!

#### Großkapitalistische Menschheitsbeglückter.

Carnegie und Rockefeller haben zu Weihnachten jeder 10 Millionen Dollar gestiftet: der erste zur Förderung des Weltfriedens, der zweite für die von ihm errichtete Universität Chicago, insbesondere zum Ausbau der Universitätskirche. Beide Wohlthäter haben schon riesige Summen für öffentliche Zwecke hingegen und sind dafür von der kapitalistischen Presse und vielen gläubigen Nachbetern in den Himmel gehoben worden. Was es mit diesen Spenden in Wirklichkeit auf sich hat, erfahren wir aus einem treffenden Artikel des Sozialisten Berger im „Soz. Dem. Herald“. Er bemerkt, daß Carnegie bisher rund 180 Millionen Dollar (zu 4,20 M.) für Bibliotheken und andere gemeinnützige Zwecke gegeben hat, Rockefeller etwa 130 Millionen für Universitäten, Kirchen, Seidenmission und anderes, und fährt fort: „Große Männer sind beide, diese Wätker unserer Trustherren. Aber betrachten wir auch die andere Seite.“

Carnegies Einkommen beträgt zwischen 20 und 25 Millionen Dollar jährlich aus dem Stahltrust allein. Seit er sich vom Geschäft zurückgezogen hat, hat er etwa 300 Millionen Dollar in Zinsen und Profit als seinen Anteil bezogen. Wohl hat er 180 Millionen fortgegeben. So hatte der Arme in dieser Zeit nur 120 Millionen Dollar zum Leben — ohne das Kapital anzurühren. Er hat einmal gesagt, er betrachte es als eine Schande, als reicher Mann zu sterben. Aber wenn er sich nicht einen Stoß gibt und eine halbe Milliarde, der sozialistischen Propaganda widmet, fürchte ich sehr, daß er in sehr großer Schande sterben und eine Milliarde Dollar oder mehr hinterlassen wird. Sollte er aber unserer Rat befolgen und die Summe für sozialistische Propaganda bestimmen, so ist sehr wahrscheinlich, daß die Schande, als Milliardär zu sterben, von Carnegie und Rockefeller genommen werden würde.“

Der Fall Rockefeller ist sogar noch schimpflicher, von Carnegies Standpunkt aus betrachtet. Sein Einkommen wird zwischen 65 und 80 Millionen Dollar geschätzt. Er hat in seinem ganzen Leben an 130 Millionen fortgegeben. Wie kann er sich mit dieser Summe leisten? Wenn ein Kamel eher durch ein Nadelöhr geht, als ein reicher Mann in den Himmel einget, wie kann er dann der ewigen Verdammnis entgehen, ungeachtet all der Kirchen, die er gebaut, und der schwarzen Heiden, zu denen er Millionenweise Missionare gesandt hat? Nein, er müßte auch den Rat befolgen, den hier Carnegie gegeben haben. Dann wäre es sicher, daß sie beide und alle anderen ihrer Würden bald entledigt und wirklich ihr Ziel erreichen würden: nämlich ihr eigenes Gewissen zu beruhigen und den Abscheu des Volkes zu befriedigen.“

Aber das ist nicht alles. Wie hat Carnegie sein Vermögen gemacht? Ein gut Teil kam von der Fabrikation von Panzerplatten — die zum Teil brüchig gewesen sein sollen. Aber zum größten Teil stammt der Reichtum aus dem Hochpolymonopol. A. Hemitt, dessen Schwiegervater selbst in der Eisenindustrie stand, zeigte gähenmäßig in den achtziger Jahren, daß Eisen, das zu 80 Dollar die Tonne verkauft wurde, leicht zu 25 Dollar herzustellen war, und daß der Profit eines oder höchstens zweier Jahre ausreichte, die Kosten der Errichtung einer Fabrik zu decken. Das ist die Geschichte des Aufkommens der Eisenmagaten. Auf die Geschichte Modestellers im einzelnen einzugehen, ist hier überflüssig. Sie ist zu gut bekannt.

Wo aber war Carnegies Liebe zum Frieden, als er mit seinen eigenen Arbeitern 1892 in Homestead Krieg führte? Als die Schicht von Monongahela zwischen dem Eisentrust und dem Metallarbeiterverband geschlagen wurde, hätte es Carnegie nur zwei Worte gekostet, den Streik und alles Blutergießen zu vermeiden. Aber damals war

nicht Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen, soweit Carnegie in Frage kam. Und es ist auch höchstwahrscheinlich, daß diese Stiftung von 10 Millionen Dollar irgend etwas zur Verhinderung des Krieges unter Völkern beitragen werde. Gerade jetzt verlangt Präsident Taft zwei neue Kriegsschiffe, für die Carnegies Stahlwerke zweifelslos die Vorkriegsplatten liefern wird.

Gewiß hat die Erziehungslage etwas gewonnen durch die Erziehung der Universität Chicago. Aber wäre das Volk nicht ausgeraubt durch die Kräfte, es könnte leicht hundertmal so viel für Erziehung verwenden, ohne es als Gnade annehmen zu müssen. Die Universität steht da als Denkmal unbedeutenden Gewinns, und sie soll die intellektuellen Verteidiger für Ultrakapitalismus und modernen Feudalismus liefern. Wäre das Volk nicht in der Trübsal, es könnte seine eigenen Universitäten bauen. Und seinen Kindern stände der Weg dahin offen, der ihnen heute verschlossen ist.

Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen — das wird erst kommen, wenn der Tygus Carnegie und Hofeffer, Millardäre und Trübsalherren, verschwunden sein werden."

## Mißstände auf den Gruben.

### Oberbergamtsbezirk Dortmund.

**Zeche Emfischer-Albte.** Diese Zeche hat lange Zeit nicht in der „Bergarbeiter-Zeitung“ gestanden und doch herrscht hier eine sehr große Antreiberei nach Kohlen, und dies ist auch jedenfalls der Anlaß zu den in letzter Zeit vorliegenden Unfällen. Dann möchten wir der Verwaltung empfehlen, den Verleihen mehr Aufmerksamkeit zu schenken und sie so schnell wie möglich aus Tageslicht zu befördern; ist es doch vorgekommen, daß man den Verleihen unten auf die Herabförderung lange warten ließ. Welche traurigen Vorfälle verdient werden, gelangt am Lohnstage vor dem Feiste der Viehe, wo viele Arbeiter mit leeren Taschen nach Hause gehen mußten. Bei dem schlechten Verdienst, den die Arbeiter gehabt haben, hat die Bechenverwaltung obenbrein noch recht große Mühen am Lohnstage für die Startoffen, die im Herbst geliefert wurden, gemacht. Arbeiter, die zufällig im Oktober krank feierten, wurde die doppelte Matengahlung vom Lohne abgezogen. Wir glauben, auch hier könnte die Verwaltung ein bißchen Geduld haben. Eine bessere Aufsicht in der Menage wäre auch zu wünschen, denn es ist schon vorgekommen, daß Arbeitern das Menagegeld vom Lohne abgezogen wurde, die überhaupt nicht in der Menage logierten oder schon längst abgemeldet waren. Auch ist es vorgekommen, daß eckigen Kameraden der verdiente Lohn nicht ausgeschüttet wurde; erst auf Beschwerde beim Bergmeister bequente sich die Zeche, ihnen den verdienten Lohn auszugeben. Gerade wie auf Mabbob im Mabbobprozess bewiesen wurde. So sieht die Bechenverwaltung aus, die vor der Gemeinderatswahl hier am Orte von der Zeche angekauft wurde. Ja, ja, vor der Wahl und nach der Wahl — Weiter machen wir die Verwaltung auf den Hauptquerschnitt der 2. Sohle, vom Flöz Dikabant, aufmerksam, wo das Wasser so hoch steht, daß man mit langschäftigen Stiefeln trockenen Fußes nicht durchkommen kann. Und ganz besonders empfehlen wir der Verwaltung einen besseren Schutz den Werben unten angedehnt zu lassen. Die Tiere werden sehr gequält. Es gibt Pferde, denen man die ganze Hand in die rohe Fleischwunde stecken kann, trotzdem werden sie angestapelt, sogar noch zu Doppelschichten verwendet.

**Zeche Gualb Fortsetzung.** Vor kurzem kam hier ein alter Bergmann abends auf Nachtschicht und der Marfentkontrollur Schlichte verweigerte demselben die Anfahrt, weil er nach Ansicht von Schlichte betrunken wäre. Dabei hatte der alte Mann den ganzen Tag im Wert gelogen, ohne Schnaps zu sehen. Möge Schlichte mal die langen Jahre, wie dieser alte Mann, die Hade ziehen, es ist möglich, daß er dann auch nicht mehr so gerade und stolz gehen kann. Wir haben ja nichts dagegen, wenn Betrunkene die Anfahrt verweigert wird, aber dann soll man auch wirklich prüfen, ob der Mann betrunken ist.

**Zeche Graf Schwerin.** Auf diesem Blätt sind in letzter Zeit viele Unglücksfälle passiert; innerhalb der letzten 14 Tage sind vier Kameraden tödlich verunglückt. Von den vier Verunglückten ist einer in den Bremsberg gestürzt; der andere war unter einem Aufbruchschacht beschäftigt und wurde von einem Stein der Schale gertrümmert; der dritte und vierte kamen durch Kohlenfall zu Tode. Zu gleicher Zeit, als der vierte tödlich verunglückte, kamen noch weitere vier Arbeiter unter herabstürzende Kohlen- und Gesteinsmassen. Einer der vier, der Fahrbauer Aufemann, ist so schwer verletzt, daß er kaum mit dem Leben davonkommen dürfte. Aufemann war als aufschichtführender Beamter die ganze Schicht bei den Arbeitern. Wie verlautet, soll in der Regel nur ein Maschinist während der Seilfahrt die Maschine bedienen, während der zweite andere Arbeiter außerhalb des Maschinengebäudes verbleibt. Vor einigen Tagen wurde der Förderer, mit Menschen gefüllt, mit der unteren Etage vollständig im Sumpf unter Wasser gesetzt und ungefähr fünf Minuten stehen gelassen. Wäre der Korb noch etwas tiefer gegangen, wären die Kameraden vor den Augen der anderen Arbeiter am Schacht ertrunken. Deshalb wird der Sumpf nicht geleert? Der Maschinist ist mit 5 Mk. bestraft und soll, wie verlautet, den Arbeitern, die nach diesem Schicksal nicht arbeiteten, sondern wieder nach Hause gingen, den verlorenen Arbeitslohn bezahlen. Wir aber stehen auf dem Standpunkt, daß die Verwaltung zunächst das ihrige tun soll, dann passiert solches nicht mehr. Ist kein Wasser im Sumpf, kann keiner darin ertrinken. Sind keine Schlagwerke und kein Kohlenstaub vorhanden, kann sich damit kein Mensch verbrennen. Ist richtig verbaut und werden die Arbeiter nicht durch Lohndruck indirekt und die Beamten direkt bis zum äußersten abgetrieben, passieren nicht so viel Unfälle. Das sind Missetaten, die auch die Verwaltung der Zeche Graf Schwerin wissen und beachten sollte.

**Zeche Mont-Genis I und II.** Am 2. Januar d. J. erhielten die Gauer Piontkowski und Adamowski ihre Papiere wegen schlechtem Bergwerks resp. weil sie Höhlräume gebaut haben. Dieselben arbeiteten im halbfähigen Flöz 8 beim Steiger Dreisämper. Sie hatten, weil der Bergwerks so weit zurück war, Höhlräume von 9 Kubikmeter gelassen resp. Mauern davor gezogen. Dies ist gewiß nicht zu billigen, aber man muß auch die Verhältnisse berücksichtigen. Der Bergwerks wird nicht bezahlt resp. ist im Bedinge nicht einbezogen. Wenn eben die Kolonne viel Heberzichten oder andere notwendige, fehlte; oder gar nicht bezahlte Arbeiter macht, so muß dies an den Kohlen wieder herausgeholt werden. Dadurch kommt der Bergwerks zurück. Um nun nicht wieder mit dem Vorn zurück zu gehen, werden die verbotenen Höhlräume gemacht. Von einem der oberen Beamten werden dann diese gefüllt und die Leute werden bestraft resp. erhalten ihre Papiere. Es ist feinerzeit auch schon ein Anschlag gewesen, welcher die Leute warnte, Höhlräume zu lassen, da bei Entdeckung gestraft resp. die Leute entlassen würden. Doch hing der Anschlag, als ein Heberzichter das Zumachen von über 100 Kubikmeter anordnete. Auf Vorfall des Bauers, wußte denn der Anschlag sei, antwortete der Heberzichter: „Hier wird nichts gefunden! Sind Sie so lange? Ich schicke andere Leute her, die machen das auf ihre Kosten.“ Die Kameradschaft erhielt für das Zumachen 20 Mk. Abnunglos gingen Fahrzeiger über Höhlräume, ohne etwas zu sehen oder zu ahnen. Hier sollte man doch einmal die Frage aufwerfen: Wie kam der Mann dazu, Höhlräume zu machen? Also nicht immer gleich Leute brautes machen, Weib und Kind müssen auch leben und der Lohn ist niedrig.

### Sannover, Braunschweig, Hessen-Nassau.

**Zeche Preußische Gluz.** Eigenartige Zustände sahen wir auf der Zeche Preußische Gluz bei Minden zu herrschen. Das Werk soll erheblich erweitert werden und werden zu diesem Zwecke Bergarbeiter gesucht. Es sollen da auch Versprechungen gemacht werden, die dann, wenn erst die Leute da sind, nicht innegehalten werden. So ist, wie uns berichtet wird, einer Anzahl Bergleuten von Bredendek am Teister versprochen worden, daß sie soviel Lohn erhalten sollten, wie sie in Bredendek verdient hätten. Hieraus ließen sich eine Anzahl Bergleute verleiten, nach den Gesetzen dieser Zeche zu machen. Sie waren natürlich nicht wenig erstaunt, als sie vernahmen, daß hier die Bergarbeiter bei Löhnen von 3 bis 3,50 Mk. kaufen müssen. Die Zugewanderten versuchten es dennoch, in der Hoffnung, daß man das gegebene Versprechen schon halten würde. Wie wurden sie aber enttäuscht, als man ihnen eines schönen Tages erklärte, sie hätten den Monat hindurch pro Schicht 3,50 Mk. verdient. Einmal gingen circa 8 Meter Strecke zu Bruch und das Aufräumen dieses Bruches sollten die Arbeiter umsonst machen. Nun hatten die Zugewanderten genug und gingen wieder von dannen. Beim Abzug mußten die Kameraden noch gute Worte beim Betriebsführer des Werkes geben, damit sie als anständige Menschen ihr Logisgeld bezahlen konnten. Der Betriebsführer war auch so vernünftig, den Leuten, soweit er es vermochte, den Lohn auszugeben. Daß fremde Bergarbeiter bei einem solchen Lohn nicht bestehen können, sollte sich die Verwaltung doch selbst sagen, und will sie höheren Lohn nicht zahlen, so sollte sie doch das

Veranlassen fremder Bergarbeiter lieber lassen. Diese Löhne gehen auch, welche erkömmliche Forderungen die Bergarbeiter von Preußische Gluz führen müssen. Miserabel scheinen auch die gesundheitlichen und hygienischen Verhältnisse auf dem Werke zu sein. Besonders die sogenannte Waschküche scheint alles andere, nur nicht ungesund zu sein. Wir sahen ein paar Bergleute, die nicht vom Kohlenstaub dreckig, sondern mit Schmutz angepöckelt waren. Auf unsere Frage, warum sie sich nicht badeten, es sei doch eine Waschküche da, erklärten sie, das sei eben vom Baden genommen, da das Wasser der reine Schmutz sei. Anders waren auch die Wäscheküche in ihrem Gestalt nicht zu erklären. Dabei hatten die fremden Bergleute schon etwas Ordnung in die Waschküche hinein gebracht; wie mag es da erst früher ausgesehen haben? Bergarbeiter von Preußische Gluz, organisiert euch, damit solche Zustände beseitigt werden können.

### Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

**Kodwitz.** Urge Mißstände existieren auf den Gruben des engeren Bezirks, wie in der letzten Bergarbeiterversammlung von allen Seiten konstatiert wurde. Am schlimmsten scheint es auf E m a n u e l herzugehen. In den Tagebau führt keine Treppe, und rutschen die Arbeiter vor Anfahrvielfach hinab. Die Anfahrt gestattet sich schwieriger, da genügt ein Schritt, um die steile Böschung hinabzustürzen und Hals und Beine zu brechen. Besonders schwierig macht es sich, wenn ein Verunglückter hinaustransportiert werden soll. Ist er noch nicht ganz tot, wird er beim Hinaustragen gewiß vollends abgemurrt. Dabei laufen die transportierenden Kameraden selbst noch Gefahr, bei der Kletterei abzurutschen und zu verunglücken. Anmutig wirkt ein Abort, der etwa 800 Meter von der Arbeit entfernt, den Pumpeln zur Verfügung steht. Sehr hoch, und vorn und hinten offen, ähnelt das Häuschen viel mehr einem Aussichtsturm. Groß ist die Antreiberei, dabei sorgt die Verwaltung nicht mal für die nötigen Betriebsmittel. Die Hauptplatten sind durchgefahrene, Kaufbreiter felsen und die Wagen sind nicht geschmiedet. Trotzdem soll bis abends 8 Uhr geschuftet werden. Als währigen Schluß der angeführten Mängelverhältnisse verbleibt die Betriebsleitung vor kurzem noch die Beschaffung des Wagengebüdes um 1/2 Pf. Wunders braucht sie sich wahrlich nicht, wenn es ihr mal in die Hude regnet. — Auch auf der M i l l h r u b e könnte manches anders sein, wenn die Arbeiter zu den Menschen gerechnet würden. Ein kleiner Mann, drei Meter im Quadrat, kaum groß genug als Stall für 20 Gänse, dient 20 Arbeitern als Mannschaftskübe. Dazu ist das Loch noch äußerst luftig und enthält keinen brauchbaren Ofen. Die Arbeiter müssen also bei der kurzen Pause noch frieren — vielleicht eine sanfte Umdeutung, überhaupt keine Pause zu machen, sondern die 1 1/2 Stunden durchzuarbeiten. — Wo die Fremden der Braunkohlearbeiter aufgekauft wurden, darf 2 a u s h a n m e r natürlich nicht fehlen. Die Braunkohlearbeit ist der Kaufmann „Deutschland“ übertragen. Deren Kaufmännischer Hofmeister will aufsehend den Namen „Deutschland“ bei den ausländischen Arbeitern durch recht viele Schimpfen zu Ehren bringen. Sein gewöhnliches Schimpfwort ist: „Sintböse“. Der Schachtmeister will dabei wahrscheinlich auch nicht zurückstehen und Schimpf jeßt mit. Auch er entnimmt seinen Lieblingsausdruck der Zoologie und nennt die Arbeiter „Kreuzdornmutterhunde“. Im Braunkohle trägt die Arbeitszeit 12 Stunden inklusive einer Stunde Pause. Der Stundenlohn ist 32 Pf., so daß die Arbeiter trotz der übermäßig langen Schichtdauer mit der schweren Arbeit auf keinen ausreichenden Lohn kommen. Zudem fehlt es an den notwendigen Einrichtungen, nicht mal ein Kasten zur Aufbewahrung des Gehäses ist vorhanden. In der Grube ist es nicht viel besser, hier spielt die „Arbeiterfreundlichkeit“ des Aufsehers bloß eine Rolle. Sogar die notwendigen Lampen verweigert dieser Mann den Arbeitern, und die Schamur sind bei ihm hahn im Korb. Daß es solche brave Seelen auf Rauchsammer noch eine Anzahl gibt, ist leider wahr — hoffentlich gelingt es den organisierten Kameraden aber, diese verächtlichen Gesellen endlich einmal loszuwerden. Sie sind eine Landplage für die vorwärtsstrebende Arbeiterschaft, werden aber beim feinen Zusammenhalten der organisierten Kameraden samt den übrigen Missethänden zu beseitigen sein!

**Kaufher Werke.** Das Sprichwort „Jedes Volk hat die Regierung, die es verdient“, läßt sich mitunter auch gewerbliche Leben anwenden. Auf die Verleghaft der Kaufher Werke trifft dies zu, sie hat die Betriebsleitung, die sie verdient. Mit wenigen Ausnahmen verdußelt hier die Arbeiterschaft ihre paar freien Stunden nach der Schicht und am Sonntag hinter der Schnapsflasche und in den bürgerlichen Almbüchereien. Statt mit ihrerzeitigen durch den Anschlag in die Organisation auf die Besserung ihrer Lage hinzuwirken, rören die allermeisten der hiesigen Bergarbeiter lieber dem Alkohol und der übelsten Vereinnahmung. Daß solchen Arbeitern gegenüber die Beamten wenig Respekt empfinden und sich Hebergriffe herausnehmen, ist zwar nicht schön, aber begrifflich. Da sich kein Widerstand seitens der Arbeiter regt, kann der Heberzichter Gieß ganz seiner absolutistischen Neigungen leben. Und die erinneren mitunter aus Ruffische. So hatte vor einiger Zeit bei der Lohnzahlung ein Arbeiter mit einem anderen gesprochen. Dies hörte der Herr Ober und flugs rittierte er dem Manne am Zehntisch eine Geldkarte, die ihm auf-leich auf der Stelle abgezogen wurde. Das laute Reden kann jedoch der Heberzichter bloß dann nicht leiden, wenn es von anderen ausgeht. Selbst legt er seiner Stimme keinen Zwang an. Wenn er die Grube besucht, kann man sein „Hilfen“ in allen Ecken hören. Und nicht nur die Arbeiter „säuselt“ er dann an, daß sie auf den Rücken fallen müßten, sondern auch die Unterbeamten. Ein Steiger, der sich die Ungeade des Obersteigers zugezogen hatte, wurde von ihm kurzerhand als Wärter zur Pumpe gesteckt! Man würde den lausiger Arbeitern aber Unrecht tun, wenn man ihnen nachreden wollte; sie fühlten nicht das Entwürdigende solcher Behandlung. Aber zu Wort zu müssen sie sich machen lassen, daß sie einen falschen Weg zur Besserung ihrer Unzufriedenheit einschlagen. Statt ihren Groß in Schnaps zu erkaufen, wie es viele tun, sollten sie sich lieber aufzaffen und gemeinsam der Willkür ein Paroli bieten.

### Königreich Sachsen.

**Grube R. G. Falk in Roda.** Die Mißstände auf dieser Grube äuzen sich in letzter Zeit in bedauerlicher Weise so, daß wir uns ge-nötigt sehen, öffentlich dazu Stellung zu nehmen. Es wird besonders viel über die schlechte Beschaffenheit der Abortkübel geklagt. Im Neuhöhenquerschnitt ist der Abortkübel in einem Zustand, daß man der Meinung ist, die Kübel würden geküßt, wenn sie nicht voll genug sind. Ringkum beubelt und an dem Deckel fehlt der Saken; um sich nicht zu beschämen, bleibt der Deckel offen, und die austretenden Dünste reiten sich ungehindert den von den Arbeitern zu befahrenden Strecken mit. Als Eingang zu dem Abort gibt es eine Stelle, die nur mit einem Weiertuch behängt ist. Jeder, der gezwungen ist, diese Stelle zu benutzen, geht mit Grauen dahin, weil es eben eckst muß, diesen eigenartigen Türverschluß anzufassen. Will man vom großen Füllort, dem sogenannten Klugschacht, hereinsteigern, ist man der Gefahr ausgesetzt, daß der Schacht zusammenbricht. Unten angelangt, weiß man nicht, wie man am besten zur Arbeitsstelle kommen soll. Will man zum Planierflöz II, so muß man einen Weg von 8 bis 10 Meter durchziehen, wobei man das Brot zerknittert und einem die Kleiber dem Leibe gerissen werden, und auf der anderen Seite durch Wasser und Schlamm. Kommt einer zu Schaden, erleidet Unfall, so weiß man wirklich nicht, wie derselbe transportiert werden soll. Trotzdem der Arbeiterauschuss die Beschwerden beim Obersteiger Scheller vorgebracht hat, ist dennoch keine Abhilfe geschaffen, im Gegenteil, Verschlechterung ist eingetreten. Es ist bloß zu bewundern, daß die Holztransporteure unter solchen Zuständen das ganze Holz für ein Flöz durchschleppen. Der nicht Eingeweihte muß, wenn er sich diese Stellen besieht, zu der Ansicht kommen, hier ist Schluß, der Bergbau hat da aufgehört, und doch ist es nicht der Fall. Stoffen und wünschen wir, wenn auch Beschränken beim Obersteiger nichts nützen, daß durch eine baldige Beschränkung durch die Bergbehörde Wandel geschaffen wird.

**Lugau-Deßnitzer Bezirk.** Bekanntlich ist auf verschiedenen Werten die Linntie vorhanden, daß die Arbeiter nach Schluß des Monats zur Betriebsverwaltung gehen müssen, um einen Zuschlag zu dem verdienten Lohn auszubekommen. Damit will man den Arbeitern jählen lassen, daß es nur von der Güte der Betriebsverwaltung abhängt, wenn dieselbe so gnädig ist und noch einige Mark zubeißert. Dieses Verfahren ist nicht nur ein moralisch verwerfliches, wenn die Arbeiter trotz schwerer Schuferei um den Lohn betteln müssen, sondern es wirkt die gesamte Bedingemacherei über den Haufen. Auf dem Lugauer Steinkohlenbauverein konnte man bis jetzt auf dem Bedingezettel manchmal den Vermerk lesen, daß der Zuschlag von so und so viel Mark zum Gehalt genehmigt ist. Dieses war vor solchen Arbeitspunkten der Fall, wo die Kameraden mit dem gestellten Bedinge nicht imstande waren, eine bestimmte Lohnhöhe zu erreichen. Jetzt hat man

aber den Anfang gemacht, um die Gründe angegeben, warum der Zuschlag genehmigt wird. Auf dem Bedingezettel heißt es zum Beispiel: „Der Zuschlag von .... Mk. zum Gehalt wird genehmigt, da nach dem Bericht des Obersteigers die Verhältnisse sehr unheimlich waren.“ Nach unserer Auffassung hätte man doch auch bei der Bedingezuschlagung die unheimlichen Verhältnisse berücksichtigen und etwas mehr für den Wagen stellen geben können. In einem anderen Fall heißt es wieder: „Wegen zu viel Trud auf der Fördertrasse“ usw. Die Arbeiter sind nun der Auffassung, daß man den Zuschlag vielleicht gar nicht geben würde, wenn die angeführten Gründe nicht existierten. Bemerkenswert ist, daß man ganze 30 Prozent mitamt dem Zuschlag aus-gesahlt hat. Das ist ein Lohn pro Schicht von 3,75 Mk. im Durch-schnitt, so daß bei 21 Schichten im Dezember die gewaltige Summe von 78,75 Mk. verdient ist. Das ist ein Lohn, der mindestens als unzureichend bezeichnet werden muß. Unter 5 Mk. pro Schicht sollte ein Hauer bei den heutigen Verhältnissen überhaupt nicht verdienen. Selbst die Werksbesitzer werden nicht behaupten können, daß man damit große Sprünge machen kann. — Die Sicherheitsmänner im Lugau-Deßnitzer Bezirk haben ihre erste Beschränkung hinter sich und kann man sagen, daß dieselben, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, auch seitens der Betriebsverwaltung Entgegenkommen gefunden haben.

### Oberbergamtsbezirk Breslau.

**Dahlgrube (Königsberg).** Wie gerecht und human man hier auf diesem Blätt mit den Arbeitern umspringt, zeigt folgender Vorfal. Bei der am 13. November 1910 stattgefundenen Annapfaktwahl hatten einige Arbeiter im Wahllokal des Herrn Scholz in Königsberg Stimm-zettel verteilt. Einer von ihnen besah die „ungemeine Dreifachheit“, dem Kauscher Paul Barth, welcher vor drei Jahren selbst erst die Gnade aus der Hand gelogt, sich also doch wohl an die Zeit, wo er selbst noch Arbeiter war und mit uns agitierte, ganz gut erinnern könnte, einen Stimmzettel anzubieten. Der Stimmzettel wurde jedoch von dem betreffenden Aufseher mit dem Bemerkten zurückgewiesen, daß er schon einen von der Zeche habe. Damit war die Sache soweit erledigt. Nun besah aber nachträglich der schneidige Kauscher Paul Barth, der wohl noch wissen sollte, was für Eße er mandmal während seiner Arbeitszeit geliefert, den Mut, einen der Stimmzettelverteiler zu demungieren, weil er bei der Abweisung des Stimmzettels gesagt haben sollte: „Wißt Ihr nur den H... damit.“ Durch Jengen kann jedoch bewiesen werden, daß keiner der Stimmzettelverteiler sich solcher Vergehungen bedient hat. Als nun am 18. November der demungierte Arbeiter zur Schicht kam, mußte er sich beim Herrn Bergverwalter st-melden. Hier wurde ihm nun oben genannter Vorfal vorgehalten. Das wurde jedoch von ihm bestritten, aber alle Nachforschungen ergaben nichts, dem Arbeiter wurde gesagt, daß das Arbeitsverhältnis in 14 Tagen gelöst sei. Was dies für einen Familienernährer mit einer Familie von sieben Köpfen zu bedeuten hat, wird jeder vernünftige Mensch wissen. Einen Arbeiter so vor dem christlichen Feind der Liebe aus der Straßenspalster zu werfen, scheint doch sehr hart, selbst wenn er die fragliche Vergehungen getan hätte. Aber um nichts und wieder nichts wurde der Arbeiter von einer Zeche zur anderen gejagt, jedoch ergebnislos. Auf die höhnische Bemerkung des Herrn Bergverwalters: „Nicht gehen Sie nur zu Ihrem Verband und lassen sich Arbeit geben“, kann hier nur geantwortet werden, daß noch keiner, der sich auf den alten Bergarbeiterverband gefühlt hat, zugrunde gegangen ist. Davan können auch noch zehn solcher Herren nichts ändern. Bessere Arbeit leistete der Herr Bergverwalter, wenn er sich mehr um die Verbesserungsbedürftigen Verhältnisse in der Grube kümmern wollte. Gibt es doch in der ersten Seigerabteilung Arbeiter, die die Woche bis neun Schichten verfahren.

**Emmingsgrube bei Domb.** Die Jagd nach Kohlen und die Antreiberei wird hier immer schlimmer. Hier befinden sich lauter Auf-seher, Oberhauer und Steiger und noch ein Vizeaufseher, der die Reparaturarbeiten verrichten soll. Dieser hat den Befehl von Oberhauer Labeira, er soll die Wagenstöße der Förderung nachsehen. Wenn er dies nicht tut, wird ihm eine andere Beschäftigung gegeben. Diese Grube besitzt der Bischof Dr. Kopp zu Breslau und die Beamten sind sehr dristlich; die Behandlung der Arbeiter läßt zu wünschen übrig. Auf Weterstschacht I müssen die Hauer die vollen Pulverfässer, die ganze Hölle Füllschnur, Nägel und überhaupt alles Gehäse, das sie brauchen, auf den Fahrten herunter und herauftragen. Die Fahr-schöber sind so eng, daß man allein nicht durchkriechen und leicht ein Unglück entstehen kann. Die Wasserfassen sind in solcher Unordnung, daß man aus ihnen nicht trinken kann. Sie sind nicht gewaschen und ausgekämmt. Auf Georgschacht, 142 Meter Sohle, bekommen die Leute nach den Löhnen und Vorkaufungen kein frisches Trinkwasser, weil der Wasseranstänger eine andere Arbeit verrichten muß. Das übrige Trinkwasser wird von einer in die andere Kamme übergegossen und dieses müssen die Arbeiter trinken. Ueber das Verhalten des Steigers Ros-fumek werden viele Klagen geführt. Die Worte sind so weit von der Arbeit entfernt, daß die Benutzung derselben viel Zeit beansprucht. Dann kommen der Oberhauer oder der Vizeaufseher flüchtig zu den Wagenstößern und drohen mit 3 Mk. Strafe, trotzdem dieselben pro Schicht nur 2,80 oder 2,10 Mk. verdienen. Die Beamten wollen an Leuten sparen. Dies war der Fall beim Verreisen im Caroliniflöz. Vorher mußte der Wagenstößer allein dresamen. Der Hoppel war in einem schlechten Zustande, so daß das Seil auseinander ging. Als er das Seil auseinander machen wollte, ergriff es ihm die Finger und drückte sie an den Kappel. Nach diesem Unglück kam erst der zweite Mann. Der Steiger Negay möchte es den Arbeitern am liebsten zur Pflicht machen, nach der Schicht zwei oder drei Stunden länger zu bleiben, ohne ihnen etwas zuzuschreiben. Im Monat Oktober h. J. war der ganze Vorgesetzte vom Fannyflöz gesagt worden, es soll jeder nach der Schicht nach dem Einfallenden gehen und eine Weterstschacht mit sich zum Georgschacht tragen und dann erst ausfahren. Der Oberhauer hat die Leute in sein Buch eingeschrieben, aber am Lohnstage war nichts zugegeschrieben. Es heißt hier nur arbeiten, aber von aus-reichendem Verdienst ist keine Rede. Wenn die Arbeit nicht ordentlich gemacht wird, so wie sie sein soll, dann hört man schöne Worte, wie: „Du Hieron verfluchter, Du hast wohl heute H... gefrühstückt, oder manchmal auch: „Du Hieron verfluchter, Du kannst Dir Deinen A... mit Kraut ausstopfen lassen und von diesem leben.“ Das sind die schönen Worte unjeres „gelehrten“ Oberbauers Labeira. Hebeebäume sind hier nicht zu finden und wenn man einen findet, so ist er zerbrochen oder verkauft. Zum Geben der vollen Werkstücke werden Schienen oder Klappen gebraucht. Wenn auf dem Bremsberge eine Entgleisung entsteht, so soll der Wagenstößer daran schuld sein, so sagen die Oberhauer, aber sie erkundigen sich nach der Sache nicht. Wenn jemand die Weisheit nicht verfahren will, wird er von einem Felde ins andere verjagt. Starbidlampen kann man nicht so viel bekommen, als man zur Beleuchtung der Bühne braucht und man muß während der Schicht im Finstern arbeiten. Wenn was passiert, wollen die Beamten davon nichts wissen. Auf Weterstschacht I machen die Beamten keine Bekanntmachung über Lohn- und Vorkaufungszahlung. Auch sind hier jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren beschäftigt, die manchmal die Wagen stoßen oder auch als Helfer zum Füllen gehen müssen; wenn sie dies verrichten, verprügelt sie der Oberhauer mit der Seilfaue. Auch an Karbid mangelt es beim Materialverwalter. Man muß einen Tag nach dem andern warten, bis man endlich das- selbe bekommt. Die Beamten mögen sich etwas mehr um Ordnung kümmern. Auf dieser Grube wurden auch Sicherheitsmänner ge-wählt, aber Verweisung ist noch nicht geschäft worden. Diese kontrollieren aufsehend nur dort, wo sie der Steiger hinführt. Hoffentlich genügt dieser Hinweis, um Aenderung auch hier herbeizuführen.

**Königin Luise-Grube bei Zabrze.** Eine Antreiberei, wie sie kaum zu denken ist, herrscht hier auf dem neu abgeteuften Andreasflöz, West-feld. Es ist die sogenannte teure Fettkohle, welche dem preussischen Vergtriss viel einbringt, den Bergarbeitern aber Kraft und Gesund-heit raubt. Auf diesem Flöz ist weiß nasse Arbeit. Von dem Wasser bekommt der Arbeiter sehr leicht große Geschwüre am Körper. Auf der Strecke soll ein Hauer mit der Bohrmaschine einen Meter pro Schicht vorwärts kommen und nebenbei verbauen. Dafür verdient er aber viel weniger als Leute der anderen Seigerabteilungen, was auch dem jungen, im Bergarbeiterleben unerfahrenen Steiger zuzuschreiben ist. Auf diesem Schacht ist kein Badehaus. Die in durchnäßten Arbeits-tage auszufahrenen Bergleute müssen eine weite Strecke bis zum Badehaus laufen und zwar mitten durch den Rot über die Straße, weil es ihnen poliz-tlich verboten ist, über das Trottoir zu gehen. Es wäre die höchste Zeit, daß hier Kemerid geschaffen und die viel-gepriesenen Wohlfahrts-einrichtungen in Anwendung gebracht würden. Das Leben eines „Königlichen“ Bergknappen wird immer unersättlicher, weil der „Vater Staat“ sich den privatkapitalistischen Kohlenproduzenten und bergbaulichen Vereinen angeschlossen hat und nach der Pfeife à la Bols oder Knochenschauer seine Bergarbeiter ausbeutet und ent-lohnt. Nach dem Willen der reichen Kohlenbarone schikaniert der





Wahrscheinlich vorher zugewiesene Pfennig bestehen bleibt, außerdem Befahrung und Anbahnung von Beschwerden in der Grube und vor jetzt an vor...

Kohnbewegung auf der Grube Frankenhof.

Sie können auch anders, die Herren "Christen". Nachdem von Seiten des Bergarbeiterverbandes für die Besetzung der...

Der unterzeichnete Arbeiterschuß wurde durch die Besetzung der...

Nach dem Bericht der Königl. Berginspektion zweifelhafte für das Jahr 1909 ist der Schichtlohn auf der Grube Frankenhof für...

Das bisher gehandhabte - auch noch auf den preussischen Staatsgruben übliche - Straffsystem, Kameraden wegen Fördern...

Mit vorzüglicher Hochachtung

Der Arbeiterschuß

Auch die "christlichen" Ausschussmitglieder hätten sich mit ihren Kameraden...

einstündigen Vortrag gründlich und glänzend mit Rauber und der ganzen Haltung des Gewerksvereins abrechnete. Wer zum offenen...

Verbandsnachrichten.

Verbandsmitglieder.

Mit dem 1. Januar d. J. ist der Extrabeitrag aufgehoben, damit soll nicht gefagt sein, daß die Mitglieder jetzt weniger...

Wegen Streikbruch sind die früheren Mitglieder Fritz Braumann (Nr. 104 801) und Fritz Waffler (Nr. 42 250) auf Antrag...

Achtung Ortsverwaltungen!

Wenn Selbstträge für die Firma G. Hansmann & Co. mit der Monatsabrechnung an die Hauptkasse eingesandt werden, dann...

Hombroich. Am Sonntag, den 29. Januar, vormittags 10 Uhr, findet im Lokale des Herrn Rudolf eine Sitzung der Straßengemänner...

Wattenfeld. Sonntag, den 29. Januar, vormittags 10 Uhr, im Lokale der Witwe Neger Ortsverwaltungs-Sitzung mit sämtlichen Woten.

Adressveränderungen.

Sulthausen-Wörnig. Der Kassierer Wilhelm Horjmann wohnt jetzt Wörnig, Kirchstraße 68.

Bibliotheken.

Sorst-Emscher. Den Kameraden zur Kenntnis, daß die Bibliothek eingerichtet ist und esuchen dieselben, davon regen Gebrauch zu machen.

Bücherrevision.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den...

Ohne Vorzeigung des Mitgliedsbuches und Krankenscheines darf keine Unterstützung ausgezahlt werden.

Atteneßen. Die Krankenunterstützung wird durch den Kassierer Friedrich Krause, Rheinischestraße 6, ausgezahlt.

Unterstützungen jeden Sonntag, vormittags von 10 bis 12 Uhr, durch den Kassierer Wilhelm Sedemann, Wehrensstraße 3, ausgezahlt.

Unterstützungen. Die Auszahlung der Krankenunterstützung findet jeden zweiten und vierten Sonntag im Monat, vormittags von 9 bis 11 Uhr, im Lokale des Herrn Rudolf Zirk, durch den Kassierer...

Garnau. Den Kameraden zur Kenntnis, daß von jetzt ab das Krankengeld durch den Kassierer Johann Wolf, Viktoriastraße 73, ausgezahlt wird.

Sombroich. Die Krankenunterstützung wird jeden zweiten Sonntag im Monat, vormittags von 8 bis 10 Uhr, in der Wohnung des ersten Vertrauensmannes, A. Schneider, Krimmstraße 3, ausgezahlt.

Sorstermarkt. Die Auszahlung der Krankenunterstützung geschieht jeden zweiten und letzten Sonntag im Monat durch den Vertrauensmann Richard Barth, im Winkel 13.

Lütgendortmund. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Krankenunterstützung jeden ersten und dritten Sonntag im Monat, vormittags von 10 bis 12 Uhr, durch den Kassierer Fritz Schwarz, Provinzialstraße 71, ausgezahlt wird.

Kranzpendenmarken. In folgenden Zahlstellen werden Kranzpendenmarken à 10 Pf. gefleht: Dorstermarkt. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß im letzten Monat eines jeden Quartals dieses Jahres eine Kranzpendenmarke gefleht wird.

Zahlstellen-Versammlungen und Steuerlage.

Groß-Woyenbre. Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Müller, Gewerkschaftshaus, Fährstraße. Hombroich. Jeden Samstag nach dem 13. und 27. des Monats, abends 6 Uhr, im Lokale des Herrn Wagner, Sackstraße.

Jeden Sonntag nach dem 25. des Monats: Auerbach. Abends 7 Uhr, im Gasthof des Herrn Heilig in Auerbach. Hombroich. Abends 7 Uhr, im Restaurant „Amstall“.

Jeden letzten Sonntag im Monat: Hombroich. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Wöhler, Fährstraße. Hombroich. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Wöhler, Fährstraße.

Hombroich. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Wöhler, Fährstraße. Hombroich. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Wöhler, Fährstraße.

Hombroich. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Wöhler, Fährstraße. Hombroich. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Wöhler, Fährstraße.

Hombroich. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Wöhler, Fährstraße. Hombroich. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Wöhler, Fährstraße.

Hombroich. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Wöhler, Fährstraße. Hombroich. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Wöhler, Fährstraße.

Hombroich. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Wöhler, Fährstraße. Hombroich. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Wöhler, Fährstraße.

Hombroich. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Wöhler, Fährstraße. Hombroich. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Wöhler, Fährstraße.

Hombroich. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Wöhler, Fährstraße. Hombroich. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Wöhler, Fährstraße.

Hombroich. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Wöhler, Fährstraße. Hombroich. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Wöhler, Fährstraße.

Hombroich. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Wöhler, Fährstraße. Hombroich. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Wöhler, Fährstraße.

Hombroich. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Wöhler, Fährstraße. Hombroich. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Wöhler, Fährstraße.

Hombroich. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Wöhler, Fährstraße. Hombroich. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Wöhler, Fährstraße.

Hombroich. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Wöhler, Fährstraße. Hombroich. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Wöhler, Fährstraße.

Hombroich. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Wöhler, Fährstraße. Hombroich. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Wöhler, Fährstraße.

Hombroich. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Wöhler, Fährstraße. Hombroich. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Wöhler, Fährstraße.

Hombroich. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Wöhler, Fährstraße. Hombroich. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Wöhler, Fährstraße.

Hombroich. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Wöhler, Fährstraße. Hombroich. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Wöhler, Fährstraße.

Hombroich. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Wöhler, Fährstraße. Hombroich. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Wöhler, Fährstraße.

Hombroich. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Wöhler, Fährstraße. Hombroich. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Wöhler, Fährstraße.

Hombroich. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Wöhler, Fährstraße. Hombroich. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Wöhler, Fährstraße.

Bergarbeiter-Versammlungen. Sonntag, den 29. Januar 1911. Öffentliche Gewerkschaftshaus Hamburg. In freien Stunden. Illust. Romanbibliothek für das arbeitende Volk.

Die Bochumer Gewerkschafts-Bibliothek. Aus der Tiefe. H. Hansmann & Co. in Bochum.

Radbod-Prozess! Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes hat die Verhandlungen des Radbodprozesses durch einen Stenographen aufnehmen lassen. H. Hansmann & Co. in Bochum.

Zur gest. Beachtung! Bestellungen auf Bücher, Broschüren, Faltblätter usw., welche mit dem Zeitungsvorabend erliegen werden sollen, müssen spätestens bis Montag vormittags bei uns eingehen. H. Hansmann & Co. in Bochum.